

# Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stainingl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementpreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Beizeile oder deren Raum 15 S. — Posttaxatog Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

**Inhalt:** Die Zünfterei im Lichte der Statistik. Gegen die Auswanderung nach Amerika. — Wirtschaftlich, soziale Rundschau. Wohnungsleind. Eine Enquete über Arbeitsvermittlung. Die Lage der Arbeiter im handwerklichen Kleinbetriebe. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Die Frage der gewerkschaftlichen Organisation. — Situationsberichte. — Eingelaud. — Gerichts-Chronik. — Literarisches. — Briefkasten.

## Die Zünfterei im Lichte der Statistik.

Bekanntlich geriren unsere Innungsmänner sich als die berufenen Vertreter des gesammten Handwerks; in seinem Namen fordern und handeln sie; unter Berufung auf den ganzen Handwerkerstand erfüllen sie die Welt mit ihrem Geschrei und gehen sie Koalitionen mit den reaktionären Parteien ein. Ihre „Tage“ nennen sie stolz „Parlamente des deutschen Handwerks“. Wir haben dieses Gebahren oft als ein anmaßendes zurückgewiesen und geltend gemacht, daß, obwohl eine amtliche Statistik, betreffend die Zahl der Innungen und ihrer Mitglieder, nicht existirt, es doch keinem Zweifel unterliege, daß Letztere nur einen garnicht nennenswerthen Bruchtheil der selbstständigen Handwerker repräsentiren. Die Presse, der Zünftler und Zunftprotectoren hat diese durchaus begründete Annahme bestritten, aber alle die Herren haben sich gegenüber dem öfter erhobenen Verlangen, den Umfang des Innungswesens einmal durch genaue statistische Mittheilungen erkennen zu machen, einer merkwürdigen Zurückhaltung befleißigt. In Regierungskreisen ist man ohne Zweifel darüber immer sehr gut informiert gewesen; aber man hat die Bistern als ein Amtsgeheimniß gehütet und auf diese Weise verhütet, daß die Bekanntheit des Innungswesens einen öffentlichen amtlichen Nachweis erfährt. Wie die Zünftler selbst, so haben auch die „maßgebenden Kreise“ an solch einem Nachweis kein Interesse.

Nunmehr hat ein privater Forscher die Initiative ergriffen, das „Geheimniß“ zu enthüllen. Im „Handwörterbuch für Staatswissenschaften“ veröffentlicht Professor Stieda eine detaillirte zahlenmäßige Schilderung des Innungswesens, welche für Preußen bis 1890, für das übrige Deutschland bis 1888 reicht, und zwar auf Grund der Angaben des Reichsamtes des Innern.

In Stieda's Tabelle finden wir angegeben: die Anzahl der Innungen bis Ende 1890, geschieden nach neu errichteten und reorganisirten, soann die Anzahl der Fälle, in denen Innungen Anträge auf Anwendung der §§ 100 und 100 f der Gewerbeordnung gestellt haben und in denen diese genehmigt wurden, endlich die Zahl der Mitglieder aller Innungen, wobei in Bayern die statistisch nicht erfassbare Zahl von 42 nicht reorganisirten Innungen mit eingerechnet ist. Diese wollen wir der Gesamtzahl ohne weitere Bedenken hinzugeben. Die absoluten Ziffern jedoch besagen an und für sich recht wenig.

Was nun zunächst die territorial über das Reichsgebiet vertheilte Zahl der Innungsmitglieder anbetrifft, so ergibt die Tabelle, daß in den süddeutschen Staaten die Zünftler „Bewegung“ so gut wie gar keine Anhänger zählt,

was man früher annahm, da sie dort mit Vorliebe „tagten“. Von relativer Bedeutung sind neben einzelnen preussischen Provinzen nur das Königreich Sachsen, einige thüringische Staaten und Hamburg. Auch Mecklenburg-Schwerin zeigt eine bemerkenswerthe Zunahme von neuen Innungen; dieser „Musterstaat“ muß eben bei jeder Rückwärtserei betheiligigt sein.

Es ist von Wichtigkeit, festzustellen, welcher procentuale Antheil der Handwerker eigentlich der Innungen angehört. Professor Stieda nimmt eine solche Vergleichung nicht vor. Wir haben sie vor zwei Jahren schon einmal versucht, wenigstens für die Baugewerbe, indem wir die Berufszählung vom 5. Juni 1882 in Betracht zogen. Diesen Versuch mit allerdings unzulänglichen Mitteln hat jetzt auch die Berliner „Volkszeitung“ unternommen. Eine unbedingt sichere Ziffer der Gesamtzahl der selbstständigen Handwerker im Jahre 1882 läßt sich aus den Angaben der Berufszählung zwar nicht entnehmen, aber die Angaben reichen völlig aus für den hier in Rede stehenden Zweck.

Selbstständige Gewerbetreibende wurden damals rund drei Millionen ermittelt; es fragt sich nun, wie viele von dieser Zahl dem Handwerksbetriebe zuzurechnen sind. Die Hausindustrie ist bei dieser Ausnahme ausgeschlossen gewesen und gesondert gezählt worden; es kommen mithin nur Großindustrielle und Handwerker in Betracht. Zweifellos in letztere Kategorie fallen die Kleinbetriebe (ohne Motore und Gehülfen) mit über 2 Millionen an Zahl. Es folgt die Gruppe der Betriebe mit 1–5 Gehülfen, unter denen sich sicherlich das Hauptkontingent der Handwerker befindet, aus welchen sich die Innungen rekrutiren. Die Zahl dieser Betriebe beträgt ebenfalls 1 Million, auf die Mittelbetriebe, welche 6–50 Personen als Gehülfen beschäftigen, entfallen nur 78.189, auf den eigentlichen Großbetrieb noch nicht 10.000 Betriebe. Wenn wir nun zugeben, daß ein Theil der kleinen Betriebe sich zur Bildung von Innungen weniger eignet — obwohl diese sich für alle denkbaren Branchen konstituirten haben — so ist es jedenfalls eine viel zu niedrig gegriffene Zahl, wenn wir die deutschen Handwerker im Jahre 1882 auf 2 1/2 Millionen an Köpfe veranschlagen.

Daß diese Zahl bis 1890 noch angewachsen sein wird, unterliegt keinem Zweifel. Demungeachtet giebt Stieda die Zahl der Mitglieder aller Innungen auf insgesamt 321.219 an, d. h. noch nicht 13 pSt. dieser viel zu geringen Schätzung von 1882, so daß in Wirklichkeit noch nicht der zehnte Theil aller Handwerker den Innungen angehört.

Die Zünftler haben wahrlich keine Ursache, auf dieses Resultat ihrer viele Jahre hindurch mit Hochdruck betriebenen, von der Regierung und den reaktionären Parteien nachdrücklich unterstützten Propaganda stolz zu sein. Kein Mittel haben die Zunftmatadoren unversucht gelassen, die tollsten Klüffe haben sie angewendet, um die Handwerker zum Masseneintritt in die Innungen zu veranlassen. So agitirten sie einige Jahre hindurch mit der Behauptung, der obligatorische Befähigungsnachweis werde sicher kommen; wer dann Mitglied der Innung sei, brauche diesen Nachweis nicht mehr

zu bestehen. Ohne Zweifel, dieser Kniff hat gezogen; Tausende, die von ihrer eigenen Befähigung keine besonders hohe Meinung hatten und Grund haben mochten, den Befähigungsnachweis zu scheuen, benutzten die „günstige Gelegenheit“, ihrer Unfähigkeit ein Privileg zu sichern. Aber auf die Masse der selbstständigen Handwerker hat auch dieses Mittel nicht gewirkt. Ebenso wirkungslos haben sich die mancherlei gesetzlichen Privilegien erwiesen, die den Innungen eingeräumt wurden: das Lehrlingsprivileg u. c. c. Vergebens haben auf ihren sogenannten „Sandwerkertagen“ die Zünftler Arm in Arm mit Funken und Pfaffen sich gebildet als die Schutzengel des Handwerks; vergebens haben sie bis vor etwa einem Jahre sich darin gefallen, vor der Regierung im Staub zu kriechen; vergebens haben sie unablässig den Handwerkern erzählt, nur unter dem zünftlerischen Banner könnten sie als „staatsverhaltende“ Elemente erachtet werden; vergebens haben sie das „moralische Bewußtsein“ der widerstrebigen Standesgenossen dadurch zu wecken versucht, daß sie die bornirt-freche Behauptung aufstellten, nur der Innungsmeister könne als „solider“ und „wirklicher“ Meister gelten, alle anderen selbstständigen Handwerker seien „Puscher“. Hat Alles nichts genügt! Noch nicht der zehnte Theil aller Handwerker ließ sich für die zünftlerischen Bestrebungen gewinnen. Und unter diesem geringen Bruchtheil befinden sich ohne Zweifel sehr Viele, die nicht aus Ueberzeugung vom Werthe dieser Bestrebungen den Innungen beigetreten sind, sondern in Rücksicht auf äußere Verhältnisse, die für sie einen indirekten Beitrittszwang begründeten. So ist es ja Thatsache, daß bei Vergebung öffentlicher Arbeiten nie und da die Innungsmitglieder bevorzugt worden sind. Weiter kommt das Lehrlingsprivileg in Betracht.

Ist es erhört? Dieser winzige Bruchtheil der selbstständigen Handwerker, der bei Weitem nicht die besten handwerklichen Kräfte einschließt, hat gesetzlich das Privilegium zuerkannt bekommen, über die Interessen und die Würde des deutschen Handwerks zu wachen. Unter Berufung auf gesetzlich verliehene Befugnisse maßen die Zünftler sich an, nicht nur die Masse der selbstständigen Handwerker, sondern auch die der Gesellen und Lehrlinge zünftlerisch drillen und beherrschen zu wollen. Das Gesetz räumt den Innungen zum Nachtheile der Majorität des Handwerkerstandes die bedeutendsten Vorrechte ein, so u. A. besondere Schiedsgerichte, Fachschulen, die zum größten Theil aus öffentlichen Mitteln erhalten werden; Gesellen- und Meisterprüfungen abzuhalten u. Und obendrein ermöglicht der § 100 f der Gewerbeordnung das Heranziehen der außerhalb der Innungen stehenden Fachgenossen bei Aufbringung der für den Unterhalt der Innungseinrichtungen erforderlichen Geldmittel!!!

Das sind Zustände, die im Lichte der erbrachten statistischen Zahlen als gar seltsam erscheinen. Beweisen diese Zahlen doch, daß die Masse der Handwerker dem Innungsrummel fern steht und daß die Zünftler auch nicht den Schatten einer moralischen Berechtigung haben, sich für ihre Bestrebungen auf den Handwerker-

stand zu berufen. Sie wissen das auch sehr wohl und deshalb fordern sie so fanatisch die Zwangs-Zinnung als Radikalmittel gegen ihre Impotenz.

Gegen die Auswanderung nach Amerika

mehren sich die ernsthaften Stimmen. Kürzlich hat das englische auswärtige Amt einen Bericht des britischen Konsuls in Chicago, Hayes Sadler, veröffentlicht, in welchem derselbe vor übereilter Auswanderung nach den mittleren Staaten der nordamerikanischen Union warnt.

Der Arbeitsmarkt, besonders der von Chicago, sei überfüllt, und alle Arbeit befände sich in einem Uebergangszustand.

Die Methoden hätten sich geändert, und wozu sträber Männer, gelehrte Handwerker nötig waren, das könne jetzt ein Kind leisten. Der Arbeitskommissar von Iowa erklärt, daß Kinderarbeit schnell zunehme, und daß Arbeiter außer Brot kommen infolge der Einfuhr neuer und verbesserter Maschinen.

Dann hebt der Konsul den Einfluß der Stralingsarbeit und der Einwanderung hervor. Die Löhne stiegen in heftigsten Fällen, begriffen; die Fabriken würden geschlossen, um die Preise hinaufzuschrauben und Alles dränge in die Städte.

Die Verhältnisse zwingen Tausende, ihre Arbeit um jeden Preis zu verbinden und der neue Ankömmling finde daher schwer Beschäftigung. Die Stellennachweilungs-bureaus ständen in sehr schlechtem Ruf, und das Annonzieren sei völlig nutzlos.

Das Einzige, was übrig bleibe, sei, von Haus zu Haus zu gehen, von Bauhof zu Bauhof; gewöhnlich warten schon eine Menge Leute, um Arbeit zu erhaschen. So vergingen oft Wochen und Monate.

Die Arbeit aber werde immer schwerer, die Fabrikbestimmungen würden immer strenger. Jemand, der einige Minuten zu spät komme, verliere den Lohn für einen halben Tag. Alles werde in der größten Eile gemacht; ein ewiges Abheben.

Das alles sind bekannte Thatsachen, deren wir schon oft Erwähnung getan haben. Die Zeit ist unwiederbringlich vorüber, an der auswandernde Handwerker mit einiger Sicherheit hoffen konnten, in Amerika eine bessere und sichere Existenz zu finden. Längst ist jenes Land überfüllt mit Arbeitskräften. Die Auswanderung ist eine der wirklichen Triebfedern zum beispiellosen Aufschwung der Vereinigten Staaten geworden. Ein Strom der besten menschlichen Kraft hat Jahrhunderte lang die Völkervermehrung des Ozeans befruchtet. Und noch zeigt dieser Strom Neigung zum Anwachsen. Denn bei der Auswanderung handelt es sich ja heutzutage in der Regel um die Vertheidigung oder willkürliche Steigerung der Lebenshaltung. Während in früheren Zeiten es zumeist religiöser Verfolgung, und um die Mitte dieses Jahrhunderts vielfach politischer Verfolgung oder Unzufriedenheit waren, die auswanderten, sind es heute überwiegend, mit wenig Ausnahmen, wirtschaftlich Unzufriedene und Aufstrebende, Landleute, Handwerker, Arbeiter aller Branchen, welche da die alte Heimath ihre berechtigten Ansprüche an's Dasein nicht zu befriedigen vermag, den Weg über den Ozean nehmen. Es ist ein Stück tieferen sozialen und wirtschaftlichen Reifeins und Interessenkampfes, das in der Auswanderung offenbart wird.

Nie waren es die schlechtesten Arbeitskräfte, welche den heimathlichen Staud von den Frühen schüttelten, um in der neuen Welt nach einer besseren, betriebligeren Existenz zu ringen. Die Tüchtigkeit der europamüden Arbeiter — und in erster Linie mit der deutschen — hat der amerikanischen Industrie ihre hohe Entwicklung gebracht. Nicht die Dummen, die Unwissenden, die Feigen und die Schwachen sind hinübergegangen, sondern die Aufgeweckten, die Muthigen, die Muthigen oder Starken. Auch nicht die ganz Armen. „Es gehört“ — so schrieb im Jahre 1861 Geheimrath Dr. Engel in der Zeitschrift des Königl. preussischen statistischen Bureaus — „unter allen Umständen Muth zum Auswandern, namentlich zu dem nach fernem Welttheilen, und ein größeres oder kleineres Kapital, ohne welches die Begründung einer Existenz in der neuen Heimath unmöglich ist.“ Weiteres trifft hauptsächlich auf die Auswanderer aus den landwirtschaftlichen Berufen zu.

Die Staatsgewalten früherer Zeiten waren noch in der Lage, die Auswanderung zu verbieten, oder wenigstens sehr zu erschweren. Noch im Jahre 1721 bedrohte der preussische König Friedrich Wilhelm I. die Auswanderung eines Bauern sowie die Verleitung dazu mit dem Tode; vor einen Emigranten wieder hinving, erhielt eine Belohnung bis zu 200 Thylern. In England war es bis vor wenigen Jahrzehnten in der That die Arbeiter, namentlich den in Wolle, Seiden, Eisen, etc. Fabriken, auf's Strengste verboten, auszuwandern. Alle

europäischen Staaten hatten Prohibitivmaßregeln gegen die Auswanderung; überall waren auf dieselbe Vermögens- und Kriminalstrafen gesetzt. Aber alle Verbote erwiesen sich als vergeblich; je mehr der von der Dampfkraft getragene Industrialismus sich entwickelte, je unhaltbarer wurden sie. Völlig ist die Auswanderungsfreiheit anerkannt; ihre gründliche internationale, völkerrechtliche Regelung kann nur noch eine Frage der Zeit sein.

Der europäische Auswandererstrom ist in diesem Jahrhundert, besonders in den letzten Jahrzehnten, zu enormen Dimensionen angewachsen. Nach einem englischen Statistiker betrug die Zahl der Auswanderer aus Europa von 1820—1829 nicht weniger als 17,1 Millionen Menschen, darunter 8,6 Millionen Briten und 4,6 Deutsche. Davon seien 11,7 Millionen den Vereinigten Staaten, 3,9 den britischen Kolonien, 1,4 Südamerika zugeflossen. Die Gesamtimmigration aus Europa nach den Vereinigten Staaten betrug nach den Berechnungen Philippovich's (in dem kürzlich erschienenen „Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland“ betitelten 52. Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Leipzig, Dunder und Humblot, 1892), 1820 bis 1897: 15 567 000 Menschen, davon entfielen 29,2 Prozent auf die Deutschen, deren Auswanderung seit den vierziger Jahren einen gewaltigen Umfang angenommen hat, an Zahl nur von den Briten übertroffen, deren amerikanisches Auswanderercontingent durch die unglücklichen Eöhne Jenseits bedeutend anstiehl. Eine halbe Million Menschen etwa beträgt gegenwärtig die Gelatomben der jährlichen Auswanderung aus Europa nach den Vereinigten Staaten, 1891 sogar 581 096. Die deutsche Auswanderung nach den Vereinigten Staaten ist noch im Wachsen begriffen, 1861—1870 umfaßte sie 820 000, 1871—1880 626 000, 1881—1890 1 340 000 Personen. 100 000 Menschen schickt ungefähr Deutschland alljährlich nach der Union, 1891 waren es, nach der amerikanischen Statistik sogar 123 438.

Für Europa bedeutet die Auswanderung eine sehr starke Blutabzäpfung, sowohl quantitativ als qualitativ. Die Annahme ist vollkommen begründet, daß der wirtschaftliche und physische Werth der Auswanderer höher ist, als der durchschnittliche Werth der zurückbleibenden in gleicher Lage sich befindenden Gesellschafts-kreise.

Daß dem Kapitalismus in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein solcher Zuwachs arbeitsfähiger Kräfte nur erwünscht ist, begreift sich. Und die Häute handeln nur in ihrem Interesse, wenn sie durch das Geld vom Jahre 1885, welches die Einwanderung von kontraktlich gebundenen Arbeitern, sowie von franken und gänzlich mittellosen Personen verbietet, die soziale und wirtschaftliche Qualität des Einwanderermaterials zu heben suchen.

Der Verlust wird hierdurch für die europäischen Staaten nur um so empfindlicher, indem die wirtschaftlich minderwerthigen Elemente zurückbleiben und die Masse der Armen vergrößert. Dies, sowie der Entgang von billigen Arbeitskräften, die durch die Auswanderung der heimlichen Ausbeutung entzogen werden, sind die zwei Momente, welche der Bourgeoisie zunächst unangenehm sind, und welche den bürgerlichen Nationalökomen die wehmüthigsten Seufzer entziehen. „Wir ziehen“, heißt es in Schönberg's Handbuch der politischen Ökonomie, 3. Aufl., 1. Bd., S. 1699, „Arbeitskräfte mit großen Kosten auf, um sie dann an das Ausland zu verlieren, welches erntet, was sie gesät haben.“

Und dabei sind, wie schon erwähnt, in der Regel die Auswanderer keineswegs noch lebende Personen; ganz Arme dürfen infolge des zitierten Gesetzes vom Jahre 1885 nicht landen, wagen es auch für gewöhnlich nicht, den Kampf um die Existenz in Amerika ohne Unterstützung aufzunehmen; die überwiegende Mehrzahl der Auswanderer besteht aus Handwerkern und jungen vorwärtsstrebenden Arbeitern, Landleuten und ehemaligen Grundbesitzern, welche über ein kleines Kapital verfügen, das sie in Amerika besser und fruchtbringender verwerthen zu können hoffen, als in der Heimath. Nicht die bereits proletarischen Individuen, sondern die dem Proletariate nahestehenden Theile des Mittelstandes, Bauern und Gewerbetreibende sind es zumeist, welche sich der totalen Proletarisierung durch die Auswanderung entziehen. Die Furcht vor dem rettungslosen, gänzlichsten Verfall in die bestlose Masse treibt die Leute über's Meer.

Aber die Möglichkeit, durch Auswanderung nach Amerika der Proletarisierung zu entgehen, schwindet mehr und mehr. Bald werden die dortigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse denen in Europa völlig gleichen; bald wird der amerikanische Arbeiter infolge des stets wachsenden Ueberangebots von Arbeitskraft auf das Niveau seiner Brüder in Europa herabgedrückt sein. Umso mehr erfährt der Konkurrenzkampf, der durch die

Überfüllung überseerischer Industrieländer mit tüchtigen und billigen Arbeitskräften erzielt wird, eine gewaltige Verschärfung, voraus sich die leidenschaftlich heilige Abneigung der Arbeiterorganisationen Nordamerikas gegen die einwandernden unorganisierten billigen Arbeitskräfte erklärt. Die amerikanischen Arbeiter sind auf dem Punkte angelangt, ihre Abneigung verteidigen zu müssen.

Aber was wird schließlich alles Abmehren von der Auswanderung fruchten? Ueberall, in allen Kulturstaaten, wächst die industrielle Misere. In vielen Tausenden noch wird der täglich zunehmende wirtschaftliche Druck das Verbleiben in der Heimath untraglich machen. Das ist mit Sicherheit zu sagen: das Auswanderungsfeber wird dauern, so lange es noch Menschen giebt, welche die Mittel haben, der Proletarisierung in der Heimath entziehen zu können. Erst mit dem Siege des Sozialismus wird auch das Auswanderungsproblem seine Lösung finden.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

Vierzigttausend Wohnungen sollen, wie die Baugewerkschaft mittelt, gegenwärtig in Berlin leerstehen. Das Messeroragn bemerkt dazu: „Schuld an dieser Katastrophe ist viel weniger die Ueberproduktion in Südnien, als die allgemein empfundene schismatische Lage, durch welche die meisten Familien gezwungen werden, sich einzufchränken; und die Einschränkung erfolgt bekanntlich zuerst bei den Wohnungen. Wie in wirtschaftlich guten Zeiten die Bevölkerung expandirt und größere und bessere Wohnräume einnimmt, so schrumpft sie jetzt zusammen. Dielem verminderten Wohnbedürfnis gegenüber ist es wunderbar, wie in einzelnen Gegenden die Bauunternehmer ganze Häuserreihen errichten, welche in Bezug auf luxuriöse Einrichtungen alles früher Dagewesene weit hinter sich lassen und fätschlich genannt werden können. Natürlich ist auch die Preise darnach. So haben wir Häuser am Kurfürstendamm, wo acht bis neun Zimmer A. 5500 im ersten Stockwerk und A. 4500 im dritten Stockwerk kosten. Das macht etwa A. 600 für das Zimmer. Und wenn man die theuren Baustellen, die Baueinschränkungen und das verwendete kostbare Material in Rechnung zieht, so kommt man schnell zu dem Schluß, daß solche Wohnungen gar nicht billiger zu vermieten sind. Aber wo sollen die vielen reichen Leute herkommen, die solche Wohnungen bezahlen können?“

In Anschluß hieran sei eine weitere Aeußerung der Baugewerkschaft mitgetheilt:

Die sehr schimmen wirtschaftlichen Verhältnisse, welche auf ganz Deutschland lasten, machen sich auch im Baugewerbe immer mehr fühlbar. In vielen Baugewerken ist die Arbeit auf das geringste Maß eingeschränkt, viele haben überhaupt aufgehört zu arbeiten. Auch viele Gewerbetreibende, welche vom Baugewerbe abhängig sind, müssen feiern. Daß unter diesen Umständen die Bauarbeiter keine gute Zeit haben und einem schlechten Winter entgegensehen, liegt auf der Hand.

Daß unter den Baugewerbetreibenden tiefer Mißmuth über das vollständig fehlende Entgegenkommen seitens der Regierung stark hervortritt, haben wir neuerdings mehrfach hervorgehoben. Vollkommen berechtigte und leicht ausführbare Wünsche, wie das Anhören der forspativen Verbände doch ist, findet keinen Anhang. Sogar das Anhören ist der Regierung zu viel. Ein Trost ist es allenfalls, daß wir Leidensgenossen haben.

Es wird nun mitgetheilt, daß ein hervorragendes Eisen- und Stahlwerk in einem Schreiten an das Oberbürgermeisteramt in Köln tagt: „Bei Schaffung der neuen Handelsverträge ist regierungsbetraglich in Bezug auf die dabei in Betracht kommenden Industriellen nicht beliebt und ohne Kenntniss der Wünsche und ohne etwaige Rathschläge derselben zum Schaden der ganzen Industrie vorgegangen worden. Wenn“ — so heißt es weiter — „in dieser Weise die Industrie nicht gebört, infolge dessen fortwährend geschädigt und dabei durch Steuerlasten und andere Anwendungen schwer bedrückt wird, so muß dieselbe in ihrem Bestehen zurückgehen zum eigenen und zum größten Schaden für das gesammte Vaterland.“

Der Kapitalismus ist der verkörperte Widerstand. So lange er erfolgreich seine anarchischen Profitgelüste befriedigen kann, so lange die Industrie blüht, braucht er die Hilfe des Staates, prinzipiell nicht. Wenn aber die wirtschaftliche Ausbeutungsherrschaft zusammenbricht, dann soll die Regierung helfen und thun, was dem Unternehmer beliebt.

Uebrigens haben die Arbeiter in mindestens so hohem Grade ein Recht zu fordern, von der Regierung über zu ergreifende wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen gebört zu werden, wie die Unternehmer, mögen sie nun Großindustrielle oder Zinnungsmeister sein.

Der Zinnungsstrom geht mehr und mehr in die Brüche. Eine Zinnung nach der anderen löst sich auf. Besonders in den Rheinlanden ist dies der Fall. In einer Koblenzer Ränntler-Verammlung wurde die Auflösung sämmtlicher dort bestehenden Zinnungen in sichere Aussicht gestellt. Aus Planen wird berichtet: „Die hiesige Handels- und Gewerbestammer wies das Verbot der Zinnung abzugeben, daß diese Zinnung die aus 8100 der Gewerbe-Zerlegung hervorgehenden Rechte (Schiedsrecht der Zinnung; Prüfung der Lehrlinge; Recht der Zinnung, allein Lehrlinge auszubilden) erhalte, mit der Begründung ab, es habe sich ein Verhältniß der Zahl der von den Zinnungsmeistern gestellten Lehrlinge zu den Geleuten herausgestellt; außerdem sei die gewerbliche Fortbildungsschule nicht von allen Zinnungslehrlingen besucht worden. Ausgeschlossen wäre aber für die abtretende Stellungnahme der Kommission die Winderzahl

der Innungsmittglieder gegenüber der Nicht-Innungsmittglieder gewesen. Auf dem Gewerbestammertag zu Völs sei ferner von allen Gewerbestämmern als Vorbereitung zur Erlangung der Rechte aus § 100 c die Beantragung der Verträge durch ein Organ der Innung aufgestellt worden. Die Criminalrichter Schloßerinnung habe aber nichts Derartiges geflossen.

**Fortbildungsschüler-Erziehung im gemüthlichen Sachsen.** In Sachsen wird selbst das Unglaublichste Ereigniß. Unter dem harmlosen Namen, Nachtrag zur Verwaltungsbildung für die städtische Arbeitsanstalt hat der Rath zu Dresden jetzt eine Maßregel beschloffen, gegen welche die Arbeiter Dresdens ganz entschieden Protest erheben müssen. Es ist darin nämlich bestimmt, daß Fortbildungsschüler, gegen welche sich die Disziplin der Fortbildungsschule unzulänglich erweise, in der städtischen Arbeitsanstalt untergebracht werden sollen. Das heißt also, wie Stadterverordneter Dr. Siedel in der Stadterordneten-Sitzung vom 29. September sehr richtig ausführte, daß Kinder gegen den Willen ihrer Eltern in eine Strafanstalt gesteckt werden können, in Gemeinschaft mit Menschen, von denen ein Theil zweifellos moralisch auf sehr tiefer Stufe steht, zum Theil sogar moralisch gänzlich verkommen ist. Und wie man sich die Anwendung dieser drakonischen Maßregel denkt, beweist am besten die Aeußerung des Stadtraths Rafe, der auf die Frage nach Ausführung einzelner Fälle, die eine solche Maßregel rechtfertigen könnten, einen Fall ausführte, indem ein Fortbildungsschüler „unehrliche, vermessene Neben“ geführt. Der Wähler, dem wir diese Nachricht entnehmen, hält diese Maßregel für so unerhört, daß die Arbeiter um ihrer selbst willen alle Hebel in Bewegung setzen müssen, um dieselbe rückgängig zu machen. Der Nachtrag ist nämlich von der Kreisoberaufsicht bereits genehmigt worden.

So etwas ist denn doch noch nicht dagewesen. Die Maßregel involvirt einen geradezu unerhörten Eingriff in das Rechtsleben. Gesetzliche Strafen für Disziplinverletzungen der Fortbildungsschüler gibt es nicht. Die Unterbringung im Arbeitshaus aber ist eine gesetzliche Strafe; diese Unterbringung bedeutet zwar an sich Arbeit; sie ist nur zulässig auf Grund eines richterlichen Urtheils, welches wegen Verstoßes wider eine der Vorschriften der Nr. 3 bis 8 des § 301 des Strafgesetzbuches erfolgt ist. Nach diesen Vorschriften wird mit Haft bestraft: wer bettelt oder Kinder zum Betteln anleitet; wer sich dem Trunk, Spiel oder Müßiggang dergestalt hingibt, daß er seine Familie fremder Hilfe preisgibt; überdieß Weibspersonen, welche gewerbmäßige Auaucht treiben; wer, wenn er aus öffentlichen Armenmitteln Unterstützung empfängt, sich aus Arbeitsscheu weigert, die ihm von der Behörde angewiesene Arbeit zu verrichten; wer vagabundirt, bezw. kein festes Unterkommen sich verschafft. Nach § 302 hat die Landespolizeibehörde die Befugnis, Personen, welche nach einer dieser Vorschriften verurtheilt sind, zeitweise in ein Arbeitshaus unterzubringen.

Man ermesse darnach die Ungeheuerlichkeit, Fortbildungsschüler in's Arbeitshaus sperren zu wollen, wenn sie „unehrliche, vermessene Neben“ führen. Eine Behörde, die solche Maßregeln verfügt oder ausführt, macht sich des größtmöglichen Unrechts schuldig. Schüler, welche wider die Disziplin verstoßen, wie Verbrecher behandelt zu wollen, das ist ein Gedanke, des sächsischen Gerechtigkeitssinnes würdig.

**Die Militärvereinswirtschaft im „gemüthlichen“ Sachsen** treibt immer verheerendere „Ordnungsbüßten“. Sie kann selbst das nicht dulden, daß Arbeiter sich bemühen, außerhalb des Rahmens jener Vereine billigeres Lebensmittel zu erhalten. In Sachsen sind vielfach von den Arbeitern Produzentenvereine gegründet worden, welche lediglich den Zweck haben, ihren Mitgliedern, die mit Rücksicht auf das stetige Sinken der Löhne jeden Vortheil wahrnehmen müssen, den billigen Einkauf von Lebensmitteln usw. zu ermöglichen. Nützlich wurde in Wiedersdorf ein solcher Produzentenvereinsverein gegründet, dem nicht allein Parteigenossen, sondern auch Militärvereins-Mitglieder beitraten. Dem Vorstand des dortigen Militärvereins bangte aber um den Staat und er sandte an einen Beigeordneten folgenden Brief:

„Herr Kamerad! Hierdurch werden Sie aufgefordert, unzerleglich und spätestens bis 1. Oktober, Nachmittags 6 Uhr, dem unterzeichneten Vorsteher des Militärvereins zu erklären, ob Sie sich bei dem hiesigen Produzentenvereine als Mitglied in's Mitglied wollen einschreiben lassen oder nicht. Falls nicht, werden Sie als Mitglied des Militärvereins ohne Weiteres und sofort gestrichen, indem es den Mitgliedern des Militärvereins behördlichseits verboten wird.“

So retten in Sachsen die Militärvereine Arm in Arm mit den Behörden die „Ordnung“. D by gute, du heilige „Ordnung“, was machen deine auf dich eingeschworbenen Hüter aus dir!

**Eine Szene aus dem Handwerksburschenleben** melden ottowestfälische bürgerliche Blätter. Allerdings ist die Szene nicht idyllisch, sie ist tief tragisch. Die Blätter melden: „Am Sonnabend Vormittag löst ein Handwerksbursche das Dorf Schildebach ab, wurde von einem Gensdarmen ertrapt und verfolgt, aber nicht erwischt, denn auf einmal schien der Frühlingssee vom Erdboden verschwinden. Mittags fand man jedoch, der „Wesf. Ztg.“ zufolge, seine Leiche unweit des Dorfes im Johannesbach. Vermuthlich hat sich der Bursche durch den Bach retten wollen und ist gerade an einer sehr tiefen Stelle hineingefallen.“ Dazu schreibt die Bielefelder „Volkswacht“: „Nach den uns gewordenen Mittheilungen kursiren andere Gerüchte über den wahren Thatsachbestand, wir nahmen aber Abstand, diese Gerüchte in der Presse weiter zu verbreiten, weil wir nicht wußten, was Wahres und was Unwahres an der Sache war. Durch obige Notiz wird aber bestätigt, daß der Handwerksbursche von einem Gensdarmen verfolgt wurde. Uns wurde noch mitgetheilt, daß der Gensdarm den Handwerksburschen nicht einholen konnte, und Bauern, die sich auf dem Felde oder Wiese befanden, hätten sich

mit an die Verfolgung gemacht. Der so Gehegte sei in seiner Angst in einen Wassergraben gerannt, wo alsbald ein Schlagloch seinem Leben ein Ende machte. Fragen wir nun, was hat der Handwerksbursche gemacht? Er hat geflohen, wie es oben in der Notiz heißt. Ja, ist denn dies überhaupt ein so großes Verbrechen, und rechtfertigt dies eine Verfolgung? Nach den Polizeibestimmungen ist es allerdings verboten; aber was soll der Mensch weiter machen, wenn er nichts zu leben hat, als wie „schelten“? Er hat doch das Bedürfnis zum Leben. Wir meinen, das „Rechten“ ist immer ehrlicher als das Stehlen. Heute, wo Tausende und Abertausende auf der Landstraße liegen, Verheirathete und Unverheirathete, die sich ihr Brot vor der Thür Wildbühntiger holen müssen, gibt es kein anderes Mittel. Die Armenunterstützungen reichen nicht hin, und wer ernstlich fann, wie entwürdigend es für die Empfänger ist, der sagt sich: „Wie hungerst du.“ Gegen 200 000 Handwerksburschen befinden sich durchschnittlich täglich auf der Landstraße, sie sind verurtheilt, zu betteln oder Hungers zu sterben. Jeder, der sich auf der Wanderschaft befindet, wird bekräftigen, daß es wohl-Keinen gibt, der nicht, durch den Hunger getrieben, „gefochten“ hätte. Und man denke nun an das Schicksal dieses Handwerksburschen — ein blühendes Menschenleben, weil es das Bedürfnis hatte, zu leben, geht zu Grund! — Das ist das Loos des Arbeiters.“ Auf der einen Seite köstlicher Reichtum, auf der anderen Seite grenzenlose Noth und Elend! Das ist das Ergebnis unserer heutigen Wirtschaftsordnung!

**Wohnungselend.**

Die seit ungefähr einem Dezennium in Deutschland sowohl hinsichtlich als auch in Privatleben vermittelte Wohnungsfrage hat durch das unerwartete Auftreten der schrecklichen indischen Bürgerin, der Cholera, in Hamburg einen neuen Anstoß erfahren. Mit Grauen waren die Wände der Bourgeoisie diesseits und jenseits des Ozeans nach dem diesmaligen Injektionsherde der Zeuge gerichtet, und ängstliche Gemüther forderten neben strengster Isolirung der „freien Reichthümer“ gar die Vernichtung aller von hier ausgehender Sendungen, sowie Abbruch alles Personenverkehrs. Beflah sind diese Forderungen weniger Resultate der Furcht, als des hohen Gewissens. Der auf dem „Schuh“ des heiligen Privatgeheimnisses basirende Bodenwucher hat nicht allein in Hamburg, sondern in allen „zivilisirten“ Staaten die heutige Wohnungsmisere verschuldet, und man weiß sehr gut, daß überall die Vorbereitungen zur Verbreitung und Verallgemeinerung epidemisch auftretender Krankheiten gerade durch die unhygienischsten Wohnungsverhältnisse des Proletariats in's Gähle und Fülle vorhanden sind. Trotzdem aber hätet man sich, die radikale Lösung dieser Frage durch Verstaatlichung des Grund und Bodens herbeizuführen, weil — nun, weil man eben das „heilige“ Privatgeheimnis an demselben auch fernerhin vor den „Umstürzern“ „schützen“ will, unbestimmt um das Wohl und Wehe des in unausprechlicher Noth für die Unterhaltungskinder der oberen Bechnantend unschuldig hüllosen arbeitenden Volkes.

Freilich, eine Riesenarbeit würde eine den hygienischen Anforderungen entsprechende Umänderung des heutigen Wohnungs- bezw. Bauwesens, oder richtiger Bauunwesens schon bilden, gegen welche die jagende Ausmischung des Augustales durch weltand'pernitas als ein Kinderpiel zu bezeichnen wäre. Vor Allem gehört dazu eine die heutigen Wohnungsverhältnisse genau kartirende umfassende Statistik, nicht die moderne dilettantische, vom Interesse der besitzenden Klassen beeinflusste und geleitete, sondern eine das ganze genaueste Elend in seiner nackten Wähe aufdeckende, damit von Grund aus mit richtigen Bismern geredet und operirt werden kann. Ob in dem heutigen Klassenstaat je eine derartige Statistik geflossen werden wird, ist freilich eine andere Frage. Vorkünftig wird es wohl beim Alten bleiben, und wenn die Cholera erloschen sein wird, dann werden auch die Beratungen der „Cholera-Kommissionen“, „Wohnungsausschüsse“ usw. ad calendae graecas in allerwöhnter Weise verpaid werden.

Wage man uns immerhin ob dieses Ausspruches als „Berleunder“ bezeichnen das Verhalten der Bourgeoisie während und nach solchen Katastrophen ist überall dasselbe und beruht auf der consequenten Entwicklung des Kapitalismus.“ Erst muß der Bourgeoisie selbst das Feuer unter den Nägeln brennen, bis sie sich herbeiläßt, von ihrem Grundlage „nach uns die Schuldfluth“ abzugehen und im Interesse der Allgemeinheit von ihrem Ausbeutungselde auch nur einen winzigen Theil fahren zu lassen und dann auch nur so wenig als möglich.

Wie in so vielen anderen Beziehungen, so ist auch hier die in England sich vollziehende Entwicklung des Bauwesens in sanitärer Hinsicht für Deutschland maßgebend. Der bekannte Vorkämpfer des internationalen Sozialismus, Fr. Engels, giebt in seinem Werke „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, welches seinerzeit das größte Aufsehen erregte und das wir hiermit unseren Lesern zu eingehendem Studium empfehlen, auch über das Wohnungselend in Großbritannien eine genaue Aufschlüsse. In seiner Vorrede zur zweiten Auflage seines Werkes schreibt er: „Die wiederholten Heimsuchungen durch Cholera, Typhus, Pocken und andere Epidemien haben dem britischen Bourgeoisie die dringende Nothwendigkeit eingetrichtert, seine Städte gesund zu machen, falls er nicht mit Familie dieser Geunden zum Opfer fallen will. Demgemäß sind die in diesem Buch beschriebenen furchtbarsten Mißstände heute beseitigt, oder doch weniger auffällig gemacht. Die Kanalisation ist eingeführt oder verbessert, breite Straßenzüge sind quer durch viele der schlechtesten unter den „schlechten Vierteln“ angelegt. „Mein Irland“ ist verschwunden, die „Seven Dials“ kommen demnach an die Reihe. Aber was heißt das? Ganze Bezirke, die ich 1844 noch als fast idyllisch schildern konnte, sind jetzt, mit dem Anwachsen

der Städte, herabgefallen in denselben Stand des Verfalls, der Unwohnsamkeit, des Elends. Die Schweine und Absalzhäuser duldet man freilich nicht mehr. Die Bourgeoisie hat weitere Fortschritte gemacht in der Kunst, das Unglück der Arbeiterklasse zu verbergen. Das aber, was die Arbeiterwohnungen angeht, kein wesentlicher Fortschritt. Stattdessen hat, beweist vollaus der Bericht der königlichen Kommission „on the Housing of the Poor“ 1885. Und ebenso in allem Andern. Polizeiverordnungen sind so häufig geworden wie Brombeeren; sie können aber nur das Elend der Arbeiter einengen, beiseitigen können sie es nicht.“

Sollte man beim Lesen dieser Zeilen nicht meinen, der Verfasser beziehe sich darin direkt auf die heutigen Verhältnisse in Hamburg, oder irgend einer anderen deutschen Mittel- oder Großstadt?

Ueber die damaligen Wohnungsverhältnisse in England (die erste Auflage des Werkes erschien im Jahre 1845) schreibt Engels:

„Jede große Stadt hat ein oder mehrere „schlechte Viertel“, in denen sich die arbeitende Klasse zusammenbrängt. Ost freilich wohnt die Armuth in versteinerten Gäßchen, dicht neben den Palästen der Reichen; aber im Allgemeinen hat man ihr ein apartes Gebiet angewiesen, wo sie, aus den Augen der glücklicheren Klassen verbannt, sich mit sich selbst durchzuschlagen vermag, so gut es geht. Diese schlechten Viertel sind in England in allen Städten ziemlich egal eingerichtet — die schlechtesten Häuser in der schlechtesten Gegend der Stadt; meist zweistöckige oder einstöckige Ziegelgebäude in langen Reihen, möglicher Weise mit bewohnten Kellerräumen, und fast überall unregelmäßig angelegt. Diese Häusern von drei bis vier Zimmern und einer Küche, werden Cottages genannt und sind in ganz England, einige Theile von London ausgenommen — die allgemeinen Wohnungen der arbeitenden Klasse. Die Straßen selbst sind gewöhnlich ungepflastert, höckerig, schmutzig, voll vegetabilischen und animalischen Abfalls, ohne Abzugskanäle oder Rinnsteine, dafür aber mit stehenden, stinkenden Pfützen versehen. Dazu wird die Ventilation durch die schlechte, verworrene Bauart des ganzen Stadtbauwerks erschwert, und da hier viele Menschen auf einem kleinen Raum leben, so kann man sich leicht vorstellen, welche Luft in diesen Arbeiterbezirken herrscht. Die Straßen dienen überdies bei schönem Wetter als Trockenplatz; es werden von Haus zu Haus Leinen quer herübergespannt und mit nasser Wäsche behangen.“

Nehmen wir einige dieser schlechten Viertel durch. Da ist zuerst London, und in London die berühmte „Rabenbederei“ (rookery), St. Giles, die jetzt endlich durch ein paar breite Straßen durchbrochen und so vernichtet werden sollte. Dies St. Giles liegt mitten im bevölkerlichsten Theile der Stadt, umgeben von glänzenden, breiten Straßen, in denen die schöne Welt Londons sich herumtreibt — ganz in der Nähe von Oxford Street und Regent Street, von Trafalgar Square und dem Strand. Es ist eine unordentliche Masse von hohen drei- bis vierstöckigen Häusern mit engen, trümmern und schmutzigen Straßen, auf denen wenigstens ebensoviel Leben ist, wie auf den Haupttrouten durch die Stadt, nur daß man in St. Giles bloß Leute aus der arbeitenden Klasse sieht. Auf den Straßen wird Markt gehalten, Körbe mit Gemüse und Obst, natürlich Alles schlecht und faum genießbar, verengen die Passage noch mehr, und von ihnen, wie von den Fleischhändlern, geht ein abscheulicher Geruch aus. Die Häuser sind bewohnt vom Keller bis hart unter's Dach, schmutzig von Außen und Innen und sehen aus, daß kein Mensch drin wohnen möchte. Das ist aber noch Alles Nichts gegen die Wohnungen in den engen Höfen und Gäßchen zwischen den Straßen, in die man durch bebede Gänge zwischen den Häusern hineingeht, und in denen der Schmutz und die Bauwüchsigkeit alle Vorstellung übertrifft — fast keine ganze Fensterreihe ist zu sehen, die Mauern bröcklich, die Thürpfosten und Fensterrahmen zerbrochen und lose, die Thüren von alten Brettern zusammengeknagelt oder garnicht vorhanden — hier in diesem Dieberviertel sogar sind keine Thüren nötig, weil nichts zu stehlen ist. Gassen von Schmutz und Wäse liegen überall umher, und die vor die Thür geschütteten schmutzigen Pfistigkeiten sammeln sich in stinkenden Pfützen. Hier wohnen die Verarmten der Armen, die am schlechtesten besahlten Arbeiter mit Dieben, Gaunern und Opfern der Prostitution bunt durcheinander — die meisten sind Irländer oder Abstammlinge von Irländern, und Diejenigen, die selbst noch nicht in dem Strudel moralischer Verkommenheit, der sie umgibt, untergegangen sind, sinken doch täglich tiefer, verlieren täglich mehr und mehr die Kraft, den demoralisirenden Einflüssen der Noth, des Schmutzes und der schlechten Umgebung zu widerstehen.“

Aber St. Giles ist nicht das einzige „schlechte Viertel“ Londons. In dem ungeheuren Straßenlabyrinth giebt es Hunderte und Tausende verborgener Gassen und Gäßchen, deren Häuser zu schlecht sind für Alle, die noch etwas auf menschliche Wohnung verwenden können — oft dicht neben den glänzenden Häusern der Reichen findet man solche Schulpfützen der bittersten Armuth. So wurde vor kurzem bei Gelegenheit einer Todtenschau eine Gegend dicht bei Portman Square, einem sehr unabhängigen öffentlichen Plätze, als der Aufenthalt „einer Menge durch Schmutz und Armuth demoralisirter Irländer“ bezeichnet. So findet man in Straßen, wie Long Uca usw., die zwar nicht fashionabel, aber doch anständig sind, eine Menge Kellernwohnungen, aus denen trankliche Kindergestalten und halbberohrte, geklumpte Frauen an's Tageslicht steigen. In der unmittelbaren Nähe des Drury-Lane-Theaters — des zweiten von London — sind einige der schlechtesten Straßen der ganzen Stadt. Charles King und Parker-Street, deren Häuser ebenfalls von den Kellern an bis unter's Dach von lauter armen Familien bewohnt sind. In den Warren St. John und St. Margaret in Westminster wohnten 1840 nach dem Journal der statistischen Gesellschaft 5366 Arbeiterfamilien in 6294 Wohnungen — wenn sie diesen Namen verdienen — Männer, Weiber und Kinder, ohne Rücksicht auf Alter oder Geschlecht zusammengeworfen, zusammen 26 880 Individuen, und

\*) Vgl. Literarische Anzeige in Nr. 37 unserer Zf.

von der obigen Familienzahl hatten drei Viertel nur ein einziges Zimmer. In der aristokratischen Parthei St. George, Hannover-Square, wohnen nach derselben Autorität 1465 Arbeiterfamilien, zusammen an 6000 Personen, in gleichen Verhältnissen... auch hier über zwei Drittel der ganzen Anzahl auf ein Zimmer für die Familie zusammengebracht. Und wie wird die Armuth dieser Unglücklichen, bei denen selbst Diese nichts mehr zu finden hoffen, von den bestehenden Klassen auf gesetzlichem Wege ausgebeutet? Die schrecklichen Wohnungen bei Drury-Lane, deren eben erwähnt wurde, bezaubern folgende Miethen: zwei Kellerwohnungen 3 sh (M. 3), ein Zimmer, parkette, 4 sh, eine Treppe hoch 4 1/2 sh, zwei Treppen hoch 4 sh, Dachstube 3 sh wöchentlich... so daß allein die ausgehungerten Bewohner der Charles-Street den Häuserbesitzern einen jährlichen Tribut von £ 2000 (M. 40 000) die erwähnten 5366 Familien in Westminster eine jährliche Miete von zusammen £ 40 000 (M. 800 000) bezahlen. (Ganz wie bei uns zur Zeit, wo die in den elendesten Gängen befindlichen Huden und Säule den Hauspächtern verhältnismäßig die höchsten Miethen einbringen. Red. d. Grdft.) Der größte Arbeiterbezirk liegt indes östlich vom Tower... in Whitechapel und Bethnal-Green, wo die Hauptmasse der Arbeiter Londons konzentriert ist. Hier wohnt, was Herr G. Wilson, der Prediger von St. Philips, Bethnal-Green, über den Zustand seiner Pfarrei sagt: Sie enthält 1400 Häuser, die von 2795 Familien oder ungefähr 12 000 Personen bewohnt werden. Der Raum auf dem diese große Bevölkerung wohnt, ist weniger als 400 Yards (1200 Fuß) im Quadrat, und bei solch einer Zusammenbrängung ist es nicht ungewöhnliches, daß ein Mann, seine Frau, drei bis fünf Kinder und zuweilen noch Großvater und Großmutter in einem einzigen Zimmer von zehn bis zwölf Fuß im Quadrat gefunden werden, worin sie arbeiten, essen und schlafen.

Nachdem der Verfasser das Elend einiger Proletarierfamilien geschildert, fährt er fort: Es fällt mir nicht ein, zu behaupten, alle Londoner Arbeiter leben in einem solchen Elend, wie die obigen drei Familien; ich weiß wohl, daß Jene es besser haben, wo Einer so ganz und gar von der Gesellschaft mit Freuden getrennt wird... aber ich behaupte, daß Tausende von fleißigen und braven Familien, viel braver, viel ehrenwerther, als sämtliche Reiche von London, in dieser elenden unwürdigen Lage sich befinden, und daß jeder Proletarier, jeder ohne Ausnahme, ohne seine Schuld und trotz aller seiner Anstrengungen von gleichem Schicksal getroffen werden kann.

Aber bei alledem sind diejenigen noch glücklicher, die nur noch ein Obdach irgend einer Art haben... glücklich gegen die ganz Obdachlosen. In London stehen jeden Morgen fünfzigtausend Menschen auf, ohne zu wissen wo sie für die nächste Nacht ihr Haupt hinlegen sollen. Die Glücklichen dieser Zahl, denen es gelingt, am Abend einen oder ein paar Pence zu erkrabben, gehen in ein sogenanntes Logishaus (lodginghouse), deren es in allen großen Städten eine Menge giebt, und wo sie für ihr Geld ein Unterkommen finden. Aber welche ein Unterkommen! Das Haus ist von oben bis unten mit Vieh angefüllt, hier, fünf, sechs Betten in einer Stube, so viel ihrer hineingehen. In jeder Stube werden vier, fünf, sechs Menschen gepöckelt, ebenfalls so viel ihrer Hineingehen — Kranke und Gesunde, Alte und Jüngere, Männer und Weiber, Trunke und Mütterne, wie es gerade kommt, Alles bunt durcheinander. Da giebt es denn Streit, Schlägereien und Verwundungen... und wenn sich die Betheiligten vertragen; so ist das noch schlimmer, es werden Diebstähle verübt oder Dinge getrieben, deren Bestialität unsere menschlicher gewordenen Sprachen nicht in Worten wiedergeben wollen. — Und diejenigen, die kein solches Nachtlager bezahlen können? Nun, die schlafen, wo sie Platz finden, in Passagen, Arkaden, in irgend einem Winkel, wo die Polizei oder die Eigentümer sie ungestört schlafen lassen; Einzelne kommen wohl unter in den Zufluchtsstätten, die hier und dort von der Privatwohlthätigkeit errichtet wurden. — Andere schlafen in den Parks auf den Bänken, dicht unter den Fenstern der Königin Victoria.

Wie die Zufluchtsstätten überfließen sind, mögen uns zwei Beispiele lehren. Ein neu errichtetes „Retuge of the Houseless“ in Upper-Eggle-Street, das jede Nacht 300 Personen beherbergen kann, nahm seit seiner Eröffnung am 27. Januar bis zum 17. März 1844 2740 Personen für eine oder mehrere Nächte auf, und obwohl die Jahreszeit günstig wurde, war die Zahl der Applikanten sowohl in diesem, als in den Wochen von Whitecross-Street und Wapping stark im Zunehmen begriffen, und jede Nacht mußte eine Menge Obdachloser aus Mangel an Raum zurückgewiesen werden. — In einem anderen, dem Centralasyl von Blay House, Yards, wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 1844 durchschnittlich jede Nacht 460 Nachtlager gegeben, im Ganzen 6681 Personen beherbergt und 96141 Rationen Brot vertheilt. Dennoch erklärt das leitende Komitee, daß auch diese Anstalt dem Andrang der Bedürftigen einigermaßen erst dann genügt habe, als auch das östliche Ayl der Aufnahme von Obdachlosen geöffnet worden sei.

Eine Enquete über Arbeitsvermittlung.

Die österreichische Gewerbebehörde plant eine Reorganisation der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung. Die Bestimmungen in der österreichischen Gewerbeordnung über die Errichtung derselben sind freilich sehr mager, und dem entsprechend ist auch die Einrichtung der Arbeitsvermittlungen in den Genossenschaften nicht nur äußerst primitiv, sondern in vielen Fällen für die Arbeiter geradezu schädigend. In einer erheblichen Anzahl Genossenschaften wird ein höchst verwerflicher Schaden durch den vorhandenen Arbeitsplätze getrieben, und Arbeiter, welche nicht den Willen oder die Mittel haben, sich von dem sog. Stellenvermittler brand schlagen zu lassen, erhalten entweder gar keine, oder erst nach monatelangem Warten schlechte Arbeitsplätze zugewiesen. Die Klagen der Arbeiter der verschiedensten Fächer über diese Institutionen, der Ruf nach Abstellung

horrender Uebelstände verfaßte ungefähr an dem Orte unserer Gewerbebehörde, sie that, als ob... bezüglich der Stellenvermittlungen Alles in bester Ordnung sei, und daß nur diese bösen Geheulen, „aufgehört durch Sozialdemokraten“ notwendig, grundloses Klagegeschrei erheben. Als aber in einigen Genossenschaften der Schreier doch zu viele wurden, suchte man wohl oder übel das süße Nichtsthun in dieser Angelegenheit lassen lassen und unterzuden, ob die Klagen gerechtfertigt seien oder nicht. Freilich erwiderte man nur Uebelstände, von denen man sich sonst nichts träumen ließ, und es müßte Abhilfe geschaffen werden, die, wie dies ja stets der Fall ist, nichts an Unvollständigkeit zu wünschen übrig ließ. Neuerdings wendet die Gewerbebehörde ihre Fürsorge auch den Angehörigen der Genossenschaft der Maurer und Steinmessen zu. Ein Vertreter des Gehilfenstandes war am 9. d. M. zur Enquete berufen. Die Gewerbebehörde will die verschiedenen Ansichten über die Arbeitsvermittlung hören und hat zu diesem Behufe folgenden Fragebogen den Mitgliedern der Enquete vorgelegt:

- Für die Enquete zur Beratung der Maßnahmen betreffs Einführung einer geregelten Arbeitsvermittlung im Baugewerbe: 1. Welche Mängel bestehen derzeit beim Stellensuchen im Baugewerbe? 2. In welcher Weise können die vorhandenen Uebelstände, wie unpolares und zeitraubendes Sämen eines Plages, zweckloses Warten am Baue etc. beseitigt werden? 3. In welcher Weise wäre eine ordnungsmäßige Arbeitsvermittlung einzurichten? 4. Ist der Arbeitsnachweis zentralistisch zu gestalten, oder nach den örtlichen Verhältnissen zu dezentralisieren? 5. Welche Mittel sind für die Errichtung und Führung einer geregelten Arbeitsvermittlung erforderlich und wie sollen dieselben aufgebracht werden? 6. Soll die Arbeitsvermittlung unentgeltlich oder gegen Entgelt erfolgen, und welche Preisätze wären im letzteren Falle zu fixiren? 7. Wie wäre die Leitung der Arbeitsvermittlung zu gestalten, damit beide Interessentkreise das nöthige Vertrauen der Einrichtung entgegenbringen? 8. Würde es sich empfehlen, bei jedem Baue die dort benötigten Arbeitskräfte nach Zahl und Art auf einer Liste ersichtlich zu machen?

Nun, die Arbeiter haben bereits zu wiederholten Malen laut und deutlich ihre Stellung zur Arbeitsvermittlung kundgegeben. Die Arbeiter sind vor Allen berufen, dieselbe ganz in ihren eigenen Händen allein zu haben. In jedem Falle sind Gewerkschaften oder Fachvereine, welche zugleich die Arbeitsvermittlung bejahren. In diesen Arbeitsvermittlungen giebt es keine Bevorzugung Einzelner, dem Arbeitensuchen werden nicht für die Lage, in der er sich befindet, schwere Opfer auferlegt. Ohne Unterschied werden der Reihe nach vorhandene Arbeitsplätze zugewiesen, und bis heute hörte man noch kein Wort der Klage über die Thätigkeit dieser von Arbeitern geleiteten Vermittlungen. Diese Arbeitsvermittlungen zu erhalten und auszubauen, soll nicht allein Sorge der Arbeiter sein, sondern dieselben sollen auch von der Gewerbebehörde, unbefehmt darum, ob sie von Sozialdemokraten verwaltet werden, unterstützt und nach Kräften gefördert werden. Aus kommunalen oder Staatsmitteln sollen diese Institutionen finanziell unterstützt erhalten, und der Erfolg dieser Art der Organisation der Arbeitsvermittlung wird nicht ausbleiben. Die Institution der Arbeitskräfte hat sich in Paris geradezu glänzend bewährt und genießt dort die Unterstützung der Kommune, die für sie einen eigenen großen Archibau aufgeführt hat. Überall wird diese Einrichtung nachgemacht. Auch hier sind die Organisationen weit genug entwickelt, um eine Arbeitsbehörde einzurichten und zu verwalten. Aber was ist vom Wiener Gemeinderath zu erwarten? Jedenfalls aber muß etwas geschehen. Den Genossenschaften aber, in welchen die Arbeitsvermittlungen dazu ausgenutzt werden, um Lohnründern billige Arbeitskräfte zu verschaffen, entwinde man dieses Wohnherabdrückendes Instrument, und man wird damit einen bedeutenden sozialpolitischen Fortschritt gemacht haben. Das man sich in Oesterreich zu gründlichen Fortschritten nicht auftrauen wird, ist selbstverständlich. Gewiß ist aber auch, daß die Arbeitsvermittlung unter dem Einflusse der Genossenschaft stets zum Schaden der Arbeiter funktionieren, selbst dann, wenn man etwa diese Institutionen subventionirt.

Die Lage der Arbeiter im handwerklichen Kleinbetriebe

ist bekanntlich durchweg noch viel schlimmer, als die der Arbeiter in der Großindustrie. Diese Thatsache kann überall beobachtet werden. Nachstehend geben wir die Resultate einer statistischen Untersuchung, welche von der Leitung des „Verbandes der Genossenschaftskrankenkassen für Wien und Umgebung“ jüngst angefertigt worden ist. Diese Ergebnisse betreffen Verhältnisse, welche das Klein-gewerbe über all aufzuweisen hat. Es ist kamit in Berlin, Hamburg, Leipzig etc. nicht anders und nicht besser bestellt, wie in Wien. Die Untersuchung umfaßt rund 72 000 Individuen, die ausschließlich im Kleingewerbe beschäftigt sind. Zum Vergleich werden die entzwickenden Daten der Allgemeinen Arbeiterkrank- und Unterstützungskasse sowie der Bezirkskrankenkasse in Wien herangezogen, bei welchen zwei Klassen fast ausschließlich Arbeiter der Großindustrie versichert sind. Bezüglich des Altersaufbaues kommen nur die männlichen Arbeiter in Betracht, da bei Frauen im Klein-gewerbe meist vordringend beschäftigt sind, ein Schluß auf deren Altersaufbau later nicht angeht. Während nun bei der Bezirkskrankenkasse 21.1, bei der Allgemeinen Arbeiterkasse 31.4 Prozent der männlichen Personen des 40 Lebensjahre überschritten haben,

betragt die Zahl dieser Glücklichen beim Verbande der genossenschaftlichen Krankenkassen bloß 16.5 Prozent. Das 30 Lebensjahr überschritten bei den genossenschaftlichen Klassen 38.9 Prozent der Bezirkskassen 40.1 „ der Allgemeinen Arbeiterkassen 62.3 „ Da bei diesen Klassen die überlebende Mehrzahl der Wiener Arbeiter versichert ist, so ist der Schluß gerechtfertigt, daß die Kulammensetzung der Altersgruppen bei den kleingewerblichen Arbeitern viel ungünstiger ist, als bei den großindustriellen. In der Altersgruppe 41—50 ist nicht einmal mehr die Hälfte (10.8 Prozent) der früheren (22.4 Prozent) vorhanden, in der nächstfolgenden Gruppe sinkt der Prozentsatz der männlichen Arbeiter gar auf 4.3; inebz die analogen Gruppen der beiden anderen Klassen 21.6 und 7.5 Prozent resp. 12.0 und 9.2 Prozent aufweisen. Betrachtet man die einzelnen Berufe, so zeigt sich bei den Drechsleern, Schuhmachern und Tischlern der rapideste Verfall der Arbeitskraft; von ihnen überschritten nur 11.7 Prozent, beziehungsweise 8.7 und 14.9 Prozent das 40. Lebensjahr.

Im Allgemeinen ergibt sich, daß bei den Klassen mit großindustriellen Arbeiter, sowohl die jüngeren wie die älteren Jahrgänge in härteren Prozentlagen vertreten sind als bei den genossenschaftlichen Klassen mit ihren kleingewerblichen Arbeitern. Den kritischen Wendepunkt für die Letzteren bildet das 40. Lebensjahr, das nur ein Sechstel oder ein männlichen Arbeiter überschreitet. Die übrigen fünf Sechstel verschwinden mit diesem Jahre aus ihrem Berufe, niedergemäht und ausgerieben von der grauen Verödungswuth des kleingewerblichen Zwergbetriebes; der Arbeiter um ein volles Jahrzehnt früher aus ihrem Berufe ausgeschied, als die gewiß nicht zahme Großindustrie. Die Wenigen aber, welche die mühseliche Wiege des kleingewerblichen Mannes verschonte, weisen eine solche enorme Erkrankungsfähigkeit auf, daß ihr Leben mehr einem trostlosen Dahinsinken, einem verlogenen Sterben, denn einem menschlichen Dasein gleicht.

Vom 40. Lebensjahre angefangen übersteigt der prozentuelle Antheil der Altersgruppen ihre Stärke, das heißt, bei zunehmendem Alter werden die Arbeiter in unverhältnismäßiger Weise von Krankheiten heimgeführt. Unter den Erkrankungen ragen hervor die anfehlenden, die Krankheiten des Wutes, des Nervensystems, der Athmungsorgane und der Verdauungsorgane; verhältnismäßig zahlreich sind auch die Verletzungen.

Erst man die Erkrankungen in Beziehung zu den Berufen, so zeigt sich allsogleich die schreckliche Wechselwirkung zwischen den elenden Lebensbedingungen und den gesundheitlichen Verhältnissen des kleingewerblichen Proletariats. Die Tuberkulose hielt, wie alle Fieber, so auch 1891 fürchterliche Wuthung, sie macht 20 Prozent aller Erkrankungen aus. Ihre zahlreichsten Opfer lieferten die Gewerbe der Schuhmacher, Drechsler, Tischler, Buchdrucker, Bäcker, Buchbinder und Schlosser. Aber auch Zellgewebestumoren, Rheumatismen und Krätze (insbesondere bei den Schuhmachern) wirkten verheerend und erinnern mit grüßender Gewalt an die von Ungeziefer und Schmutz füllenden Schlafräume und die mit verpesteter Luft erfüllten gesundheitschädlichen Werkstätten, in welchen die unglücklichen Opfer einer auf schonungslos ausgebeuteten angewiesenen Produktionsform zu atmen genöthigt sind. Dazu kommen die zahlreichen Erkrankungen der Verdauungsorgane, hervorgerufen durch die mangelhafte, oft halberverordnete Nahrung.

Das Bild wäre jedoch nicht halb so erschütternd, wollte man sich auf die Erkrankungen beschränken, bei welchen die geistliche Krankenunterstützung geleistet wurde. Fast die Hälfte aller Erkrankungen (45 Prozent) sind solche, bei welchen die Kräfte in Arbeit standen, und in acht von den 18 Gruppen bilden sie sogar die Majorität.

Die unheimliche Verheerung dieser Fieber wird gesteigert, wenn man vernimmt, daß im Berichtsjahre 260 Männer und Zuhörer in Arbeit verblieben, obwohl sie an folgenden, fast ausschließlich anfehlenden Krankheiten litten:

	Männer	Zuhörer
Tuberkulose	18	5
Tripper	63	14
Weicher Schanker	10	4
Primäre Syphilis	11	—
Sekundäre Syphilis	8	2
Kontagöse Wundheulentzündung	1	1
Näßende Flechte	58	10
Krätze	8	—
Verletzungen	50	7

Das wichtigste Nahrungsmittel wird also von mit Syphilis, Tuberkulose, Krätze etc. befallenen Menschen hergestellt. Und dabei ist noch zu bedenken, daß ein Theil der Krankheitsfälle gar nicht zur Kenntniss der ärztlichen Hilfe nicht in Anspruch nimmt, theils aus Mangel an Zeit, theils aus Furcht, den Arbeitsplatz zu verlieren, theils auch deshalb, weil das Krankengeld zur vollständigen Verpflegung unzureichend ist und den Ausfall an Lohn nur zum Theile deckt.

Entsprechend der Morbidität sind auch die Sterblichkeitsverhältnisse der kleingewerblichen Arbeiter ganz abnorme. Die Tuberkulose, welche unter den Todesursachen den Reigen eröffnet, hat 61.33 Prozent der Gesamtzahl der Verstorbenen in's Grab getrieben, ein Prozentlag, der sich bei den

Stein- und Kupferdruckern	80 Prozent
Drechsleern	75.25
Buchbindern	75
Tischlern	73.78

steigert und der in Wirklichkeit noch höher sein dürfte, zumal sicherlich in mancher Fall von Tuberkulose mangels genauer Untersuchung als einfache Lungensaffektion diagnostiziert wurde. Vergleichend für die besärglichen Zustände im Wiener Kleingewerbe ist der Umstand, daß bei den Klassen mit großindustrieller Arbeiterkraft die Zahl der von der Tuberkulose Dahingerafften eine geringere ist.

Unter solchen Verhältnissen kann es nicht überraschen, daß die Steingewerlichen Arbeiter ein längeres Alter erreichen, als ihre kaum benachteiligten Genossen in der Großindustrie. Und da "wunder" man sich, wenn die Arbeiter mehr und mehr dem Steingewerbe den Rücken kehren und sich der Großindustrie zuwenden; wenn ungezählte Tausende von Gesellen ihr erlerntes Handwerk an der Nagel hängen, um Fabrikarbeiter zu werden!

Diese furchtbaren Zustände sind durchaus begrifflich, wenn man die Lage des Kleinmeister noch gegenüber der Großindustrie in Betracht zieht. Infolge seines geringen Kapitals ist er nicht in der Lage, so wohlfeil zu kaufen, so teuer zu verkaufen und so billig zu arbeiten. Um dies wenigstens einigermaßen auszugleichen, paßt er seine Arbeitskraft wie die seiner Arbeiter und oft auch die seiner Frau und Kinder auf's Beste an und bräut außerdem noch in zu engen, finstern und dumpfen Werkstätten.

Hier sind Arbeiterschutzesetze unerlässlich. Dadurch wird freilich der Kleinmeister noch schneller als bisher dem Untergange zugeführt. Aber dieses ist in seiner Zwangslage nicht das Schlimmste. Er kann sich nun einmal gegen die Uebermacht des Großkapitals nicht halten. Viel wichtiger ist es daher, wenn er nicht länger seine Kraft in diesem aussichtslosen Kampf vergeblich, sondern mit Hilfe der sozialistische Anarchie zu befechtigen und die berufsgewerkschaftliche Organisation der Arbeit mit dem hier und da Kapital herbeizuführen.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

\* An die Steinmetzmeister Hamburgs richtet im Echo ein Arbeiter folgende beachtenswerte Mahnung: "Arbeitgeber! Entlastet jetzt ohne zu langem Nachdenken euren Arbeiter! Unterstützung gewähren ist löblich, Arbeit geben besser." Diese sehr beherzigenswerte Mahnung, welche eine ganze Anzahl heiliger Blätter täglich an hervorragender Stelle veröffentlicht, scheinen die meisten der Herren Steinmetzmeister hier nicht zu kennen. Denn die von ihnen schon seit langer Zeit beliebte Manier, selbst Staatsarbeiten, z. B. beim Naturhistorischen Museum, dem Postgebäude, dem Polizeidirektionsgebäude und dem Rathhause, nach außerhalb zu vergeben — und das wird von oben herab gebilligt — steht immer noch in höchster Blüte. Im letzten Winter waren hier allein 40 Pst. der höchsten Steinmetzen beschäftigungslos; in diesem Winter wird es aller Wahrscheinlichkeit nach schlimmer. Die Geschicklichkeitsjurist ist eine durchaus schlechte. Mit welchen Gefühlen müssen da die Steinmetzen (von denen nebenbei gesagt, nicht weniger als 91 Pst. infolge der ungenügenden Beschäftigung an der Schwindbrucht zu Grunde gehen) mit ihren Familien dem Winter entgegen sehen?

Unter solchen Umständen sollten die Arbeitgeber erst recht die oben zitierte Mahnung beherzigen: "Unterstützung gewähren ist löblich, Arbeit geben besser."

Was geschieht aber? Die Herren Steinmetzmeister, besonders ein Unternehmer aus dem Hammerbrook (natürlich ein Zinnungmeister) lassen sich nach wie vor für die Arbeiten, welche nun einmal absolut nicht anders als hier gemacht werden können; billige Arbeitskräfte von Auswärts kommen, die hier so wenig wie möglich verdienen und ihr Geld nach Hause schicken. Der erwählte Arbeitgeber hat sicher auch sein Scherlein zur Unterstützung Vorliebender an irgend ein Komitee gezahlt, hilft aber durch seine Handlungsweise die Noth auf der anderen Seite immer noch vergrößern, die Noth, an deren Auftreten er selbst mit Schuld trägt.

Schreiber dieses möchte nun die Herren von der Baudeputation, die Architekten und Ingenieure, die Mitglieder der Bürgerchaft, kurz, Alle, die einen Einfluß in den Sachen haben, dringend bitten, diesen dahin geltend zu machen, daß die Arbeiten in diesem Winter (bis 10 Grad Kälte kann gearbeitet werden) nicht eingestellt werden, und daß in erster Linie hier anständige Arbeiter dabei berückichtigt werden. Das ist nicht nur im Interesse der Steinmetzen, sondern im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt dringend geboten.

\* Die Lohnkommission der Typsetzer Hamburgs erklärt an die Kollegen hierorts, in Altona und Umgebung folgenden Aufruf: "Eine der wichtigsten Bestimmungen unseres Statuts ist es, daß vom 15. Oktober bis Ende April jeder Bau, in dem noch gearbeitet werden soll, verglast resp. so dicht sein soll, daß die Arbeitenden nicht der Zugluft ausgesetzt sind. Der 15. Oktober steht vor der Thüre. Die unterzeichnete Kommission hält es deshalb für Pflicht, Euch aufzufordern, daß Ihr für Aufrechterhaltung des Taxifs Sorge tragt. Einestheils ist Lässigkeit der Herren Meister und Bauherren, andererseits unsere eigene Lässigkeit Schuld, wenn der erwähnten Bestimmung, welche unsere Gesundheit schützen will, nicht Rechnung getragen wird. Erfüllung, entstanden durch Zugluft, kann die schlimmsten Krankheiten erzeugen."

\* Kollegen! Wir fordern Euch deshalb auf, Eure Meister an die abgelauene Frist zu erinnern. Wir wissen wohl, daß bei den augenblicklichen Verhältnissen nicht Alles nach Wunsch geht, doch darf nicht durch etwaige Nachlässigkeit unsererseits Erregenes preisgegeben werden. Bei einigermaßen festem Auftreten seitens der Kollegen sind wir wohl in der Lage, diese Bestimmung unseres Statuts aufrecht zu erhalten."

\* Ein Gewerkschaftsartikel unter dem Namen "Zentralkommission" hat sich auch in Dresden gebildet.

\* Ein Mauereinsturz hat sich am 18. d. M. beim Neubau des Garnisonlazareths in Graubenzunggetragen. Der dortige "Gesellige" berichtet darüber: "Ein schreckliches Unglück hat sich Dienstag Morgen auf dem Terrain vor dem "Schwan", links der Lindenstraße, ereignet. Ein Theil der Mauer an dem Neubau des Garnisonlazareths stürzte gegen 10 Uhr ein und begrub unter seinen Trümmern fünf Arbeiter, von denen zwei sofort todt, einer schwer verwundet und zwei leicht verletzt waren. Auch der Schwerverwundete ist bereits gestorben. Glücklicherweise wurde der nach außen erfolgende Sturz des bis zu einem Stochwerk aufgestellten Mauer-

werks durch das Gerüst derart gehemmt, daß es diesen, namentlich den jüngeren Leuten, noch gelang, zu fliehen. Andernfalls wäre das Unglück bedeutend größer geworden. Die Ursachen des Unglücks sind bisher noch nicht ganz aufgeklärt. Nach den Ansichten der Maurer und Schwerksteinen ist es auf einen Baufehler zurückzuführen. Gebaut werden auf dem Plage zur Zeit vier militärische Gebäude. Von allen ist ungefähr das unterste Stockwerk in rohen Ziegeln vollendet. An dem teilweise zusammengeführten Lazarettbau, dem nach Graubenzung der Straße am nächsten liegenden, waren bereits die Ueberwindungen der vielen und großen Fenster vor kurzem fertig gestellt; wurden aber wieder eingestürzt, weil der Bau höher gefügt werden sollte. Zu diesem Zwecke wären die Leute Dienstag früh damit beschäftigt, die Mauern direkt oberhalb der Blinthe Grundmauer auszumachen, um eine Erhöhung der Grundmauer zu ermöglichen. Hierbei soll nun, nach Ansicht Sachverständiger, der folgenschwere Fehler begangen sein, eine Front von etwa 20 Metern auszumachen, statt stückweise anzukommen und wieder zu vermauern. Die Mauer, welche dergestalt in ihrer Grundlage geschwächt war, gab ihrer eignen Schwere und der des Gerüsts, welches noch außerdem mit Steinen beladen war, nach und stürzte nach außen zusammen. Garnison-Bauinspektor Herzfeld, unter dessen Oberaufsicht der Bau stand, glaubt, daß die Regengüsse der letzten Nächte zu dem Unglück wesentlich beigetragen haben." (???)

\* Warnung. Der unterzeichnete Verein sieht sich genöthigt, den Bezug von Opfern nach Zürich fernzuhalten; da der Boykott schon mit Arbeitskräften überlaufen ist. Dementsprechend warnen wir davor, daß verlockenden Ausschreibungen Gehör geschenkt werde. Für den Gypfer-Handverein Zürich und Umgebung. Adam Sieger, Müllerstr. Nr. 10, Auserisil-Zürich.

Ein internationaler Schuhmacherkongress wird vom Schuhmacher-Handverein in Zürich in Verbindung mit dem Zentralkomitee des Schweizerischen Schuhmacher-Verbandes zum Jahre 1893 (Montag und Tag ist noch bekannt zu geben) nach Zürich einberufen. Zu diesem Zwecke tagte am 10. Oktober 1892 in Zürich eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung, welche nach eingehender Behandlung folgende Resolution annahm: "Die heute in Saale "Zum Schwanen" tagende öffentliche Schuhmacher-Versammlung erkennt, daß die internationale Verbindung der Arbeiter von größter Wichtigkeit im Kampfe für die Befreiung der Proletarier ist. Sie findet aus obiger Erkenntnis für notwendig, daß eine internationale Verbindung unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Schuhbranche angebahnt wird. Sie erklärt aus diesem Grunde ihr Einverständnis mit der Eröffnung der Initiative für einen internationalen Schuhmacherkongress 1893 in Zürich. Derselbe soll je nach Bedarf einige Tage vor dem internationalen Sozialistenkongress abgehalten werden."

Die englische Gewerkevereinsbewegung ist bekanntlich von der kapitalistischen Presse Deutschlands oft genug als ein "Vollwerk" gegen den Sozialismus "gefeiert worden. Jetzt muß diese selbe Presse eingesehen, daß der Sozialismus in England immer mehr Einfluß auf die Gewerkevereinsbewegung gewinnt. So läßt sich die "Voss. Ztg." aus Leeds schreiben:

"Die letzten von dem radikalsten der Arbeiterabgeordneten, Keir-Hardie, in den schottischen Bergstädten Midlesbrough und Wornsey gehaltenen Reden beleuchten die neueste Richtung des englischen Gewerkevereinsstums. Keir-Hardie jagte in Midlesbrough: Niemand könne sich der Thatlage verschließen, daß die Gewerkevereine heute weniger Macht besäßen, als vor 25 Jahren."

Das Elend würde immer größer. "Was sei die Ursache? Land und Produktionsmittel wären in den Händen der einen Klasse, und die Arbeit hätte die andere Klasse zu verrichten. Eine Jemand sein täglich Brot verdienen könne, müsse er erst einen Anderen finden, welcher seine Arbeit auszubuten bereit sei. Fände er keinen, so könne er sich in einen Graben hängen und sterben oder Steine hauen und sein Nachbar verhungern. Die Politiker schwärzten den Arbeitern so viel vor, wie wichtig es sei, daß Jeder nur eine Stimme habe. Noch wichtiger sei es, daß Jeder Arbeit habe. Bis der Arbeiterstand nicht Besitz von der Staatsmaschine erzeige und Land und Kapital auf produktivgenossenschaftlicher Grundlage verwaltet würden, würden die industriellen Wirren nur immer stärker und drängen werden. Bildung einer Arbeiterpartei sei das Aller-nothwendigste. Wenn die liberale Partei den Arbeitern wirklich so freundlich gefinnt sei, so habe sie ja nichts von einer Arbeiterpartei zu befürchten."

Die Frage, was aus den Arbeitslosen werden solle, müsse gelöst werden. Wenn Andere das nicht thäten, so müßten die Arbeitslosen es selber thun. Jeder, der arbeiten wolle, müsse auch Arbeit finden können. Der liberale Abgeordnete für Hintsbury (London), der Paice Madroji, erklärte kürzlich offen, er sei ein Sozialist. Solche Zustände wären nur möglich, wenn das gesellschaftliche System unrichtig sei und Land und Kapital müssten Eigentum der gesammten Nation sein."

Die Frage der gewerkschaftlichen Organisation kann nicht zur Ruhe kommen. So hat die Gewerkschafts-Kommission für Warmen-Eberfeld folgende Resolution angenommen:

"Da die sozialdemokratische Partei ebenso sehr mit der bestehenden wirtschaftlichen Macht, wie die Gewerkschaften mit den maßgebenden politischen Faktoren, Geseßgebung etc. zu rechnen hat, sofern beiderseits erfolgreich gearbeitet werden soll, ist eine systematische Trennung zwischen beiden unbenkbar. Es empfiehlt sich daher, für die Zukunft möglichst große, aber Arbeiter umfassendere wirtschaftliche Vereine zu gründen, mittelst deren der Klassenkampf zu führen ist. Da die Politik nicht ausgeschlossen werden darf, ist eine Zentralisation im Sinne der sozialdemokratischen Parteiorganisation anzustreben. Den

Delegirten der Gewerkschafts-Kommission wird zur Pflicht gemacht, diese Frage in ihren Gewerkschaften zur Diskussion zu bringen."

Der Grundgedanke, von welchem diese Resolution ausgeht, ist ein ganz richtiger, nämlich der, daß wenn die gewerkschaftliche Bewegung einen praktischen Werth haben soll, sie nicht angewiesen sein darf auf die Sozialorganisationen. Aber die Idee, in der die Resolution sich zuspitzt, könnte in der Art und Weise, wie sie dargelegt wird, doch leicht die Annahme aufkommen lassen, daß ihre Urheber sich nicht völlig klar sind über die zu unternehmenden Schritte.

Der verehrliche Berliner "Bauhauwerker" ist natürlich sofort bei der Hand, dem Vorschlage die "richtige Deutung" zu geben; er meint, daß man auch in dieser Stammung der "sanftlichen Verbändler" begrüne einzusehen, daß es mit den jetzt bestehenden gewerkschaftlichen Arbeiter-Organisationen nicht weiter gehe. Man habe hier die Fehler unserer gewerkschaftlichen Bewegung ganz richtig erkannt und den Satz ausgesprochen, daß die Gewerkschaften allein heute keine dauernden Erfolge mehr erzielen können, sie müßten die Geseßgebung, d. h. die politische Bewegung mit in Anspruch nehmen.

Das Berliner Blatt glaubt, die Gelegenheit sei günstig, den verhassten "Verbändlern" mal wieder "Eins hinterlistig zu versehen. Daß die Arbeiter mit aller Entschiedenheit sich an der politischen Bewegung beteiligen müssen, ist ein Standpunkt, den die "Verbändler" viel früher eingenommen und ehrlich bestritten haben, ehe noch die gewissen Berliner "Größen" auf dem Plan erschienen. Ebenso haben sie nie ein Geßl daraus gemacht, daß alle gewerkschaftliche Bewegung nur die Begleiterscheinung der großen allgemeinen Arbeiterbewegung sei. Die Frage der Organisationsform kommt immer nur unter rein praktischen und taktischen Gesichtspunkten in Betracht, wie sie durch die Lage der Geseßgebung gegeben werden. Gewerkschaftliche Kampforganisationen können darnach nicht zugleich gleichbedeutend sein mit der großen politischen Partei, und umgekehrt darf aus naheliegenden Zweckmäßigkeitsgründen die Partei niemals in den einzelnen wirtschaftlichen Kämpfen der Gewerkschaften engagiert sein.

Die Partei führt Alles in Allem den Klassenkampf. Was hat es für einen Sinn, zu fordern, daß neben der politischen Partei noch eine politische Gewerkschaftsorganisation in zentralisierter Form und im Sinne der sozialdemokratischen Parteiorganisation geschaffen würde? Gar keine! Das würde ja quasi ein Konfurrenz-Unternehmen abgeben. Will man keine sogenannten "unpolitischen" gewerkschaftlichen Vereinigungen, dann ist es Ehorheit, politische, wirtschaftliche Vereine zu gründen; dann muß die Parteiorganisation als ausreichend erachtet werden.

Daß der "Bauhauwerker" den Warmen-Eberfelder Vorschlag für die Zwecke der "Nichtverbändler" auszubuten sucht, kann diesem Vorschlage in den Augen vernünftiger und ehrlicher Urtheiler nicht zum Vortheil gereichen.

Situationsberichte.

Maurer.

Hamburg. In der am 20. Oktober abgehaltenen Versammlung der hiesigen Bahnhalle sprach der Reichstagsabgeordnete F. R. über das Thema: "Was lehrt uns die Cholera?" und führte ungefähr Folgendes aus: "Er wolle nicht auf die Cholera, die ja Jeder selbst mit durchgemacht habe, eingehen, sondern nur über die Lehren, die daraus zu ziehen sind, sprechen. Als der unheimliche asiatische Gast, welchem beinahe 8000 Menschen, meist aus den unteren Schichten der Bevölkerung, zum Opfer gefallen sind, hier seinen Einzug hielt, war man völlig unvorberichtet. Ein Mitglied unserer "Bürgerchaft" jagte in einer Sitzung: "Wer konnte ahnen, daß die Cholera kommen würde;" hätte auch nicht etwas Anderses über uns hereinbrechen können? Wenn alle Vorsichtsmaßregeln angewandt würden, so bliebe für eine große Stadt wie Hamburg immer noch ein gut Theil Gefahr. Eslinge laßt wie Hohn, wenn man lese: "Zum Schutz gegen die Cholera ist gute Nahrung und Kleidung und gesunde Wohnung notwendig." Wo sollte das Alles der Arbeiter fernnehmen? Als ein Hauptinfektionsträger ist das Wasser bezeichnet. Seit 30 Jahren haben wir mal beachtlich, wie man die Stadt mit gesundem Trinkwasser versorgen könne, bis man endlich vor zwei Jahren die Koster für die Filtration bewilligt habe. Aber nach Ausbruch der Sachverständigen ist unser Rohrnetz verfault. Sage es da nicht im Interesse der hiesigen Einwohnerschaft, ein anderes Rohrnetz zu legen? Freilich würde das viel Geld kosten, aber durch die Arbeiten würde dem Nothstande abgeholfen, für welchen ja in allen Ländern der Weltlad geschwungen. Ein anderer Uebelstand, welcher auch für die Suche ein guter Boden ist, ist in den erbärmlichen Wohnungsverhältnissen zu finden. Es sei Aufgabe des Staates, diese Uebelstände zu beseitigen. Aber von unseren gelegentlichen Körperpflichten, welche meist aus Grundeigentümern zusammengesetzt sind, sei von dieser Seite nichts zu erwarten. Deshalb müßten wir in jeder Versammlung unsere Stimme erheben, damit unsere Forderung, Wahrheit für alle Staatsangehörigen zur "Bürgerchaft", endlich nachgegeben werde. Reicher Verfall wurde dem Redner von der gut besuchten Versammlung zu Theil. Herr Meyer wies noch auf die von den Maurern an die "Bürgerchaft" und den Senat gerichtete Petition zwecks Revision des Baugesetzes hin, welche aber nicht berücksichtigt worden sei. Hierauf ersetzte Herr Meyer Bericht über die Kartellversammlung. Er wies besonders auf die Arbeitslosen-Statistik hin, welche für Alle von großem Interesse sei. Hierauf folgte, weil sich die Versammlung schon ziemlich verlaufen hatte, Schluß.

Wandsbeck. Am 18. d. M. tagte eine Mitglieder-Versammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Bahnhalle Wandsbeck. Nachdem das Protokoll der

lesten Verammlung verlesen, würde auf Erläuterung des Bevollmächtigten das Andenken des an der Cholera verstorbenen Kollegen K. Koch in der öffentlichen Weise geübt. Hierauf erhielt Herr E. Fischer aus Hamburg als Referent das Wort. Redner führte etwa Folgendes an. Als die kapitalistische Produktion sich zu entwickeln begann, stellten die Arbeiter, um der Ausbeutung einen Damm entgegenzustellen, Gegenforderungen. Und um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu geben, griffen sie zu Streiks oder Boykotts, zuerst in England und Amerika. Wie der wirtschaftliche Kampf verwich, so seien auch die Waffen, mit welchen dieser geführt wurde, verschieden. Ein jeder Arbeiter wisse, daß Streiks sowohl wie Boykotts auf beiden Seiten Opfer fordern, es zwingt aber die Noth den Arbeiter, zu solchen Waffen zu greifen, um den Lohn zu erhöhen und somit seine Lebenslage zu verbessern. Auch sei ein bester Streik von Nutzen, weil dem Unternehmer die Macht der Organisation gezeigt würde. Der Streik sei nicht so schlimm wie ein Boykott, da bei ersterem eine bestimmte Gruppe, bei letzterem aber die Gesamtheit beihilft sei. Beim Boykott werde darnach getrachtet, um eine Forderung durchzubringen, die Produktion zu stören und den Abgang abzuschneiden. In der bürgerlichen Presse werden die Arbeiter als Feyer und Aufwiegler verurteilt und doch sei auf allen Gebieten zu sehen, daß der Kapitalist nicht insolge der Nothlage, sondern aus reiner Profitlust streife. Hierauf dürften die Arbeiter nicht fehen, sondern müßten trachten, immer mehr Kräfte der Organisation zuzuführen. Redner beschloß lobte den Redner. Hierauf wurden vom Kassirer die Abrechnungen verlesen. Die Monatsabrechnung schloß bei einer Einnahme von M. 88,80 und einer Ausgabe von M. 109,06, mit einem Defizit von M. 22,26 ab. Die Quartalsabrechnung ergab für die Kassa eine Einnahme von M. 62,49 für die Hauptkasse M. 444. Beide Abrechnungen wurden für richtig befunden. Sodann wurde das kameradschaftliche Verhältnis am Bau Fahrenstrug-Schmiede (Hammerbrook) gerügt, jedoch beschlossen, in dieser Sache zwei Kollegen zur nächsten Verammlung schriftlich einzuladen. Ferner wurde beschlossen, die Verammlungen um 8 Uhr beginnen zu lassen. Betreffs der statistischen Fragebücher wurde beschlossen, diese in spätestens 14 Tagen abzuhelfen. In die Statistikkommission wurden H. Ullig, W. Bremer und E. Sella gewählt. Der Fragebogen war leer.

**Garburg.** Am 20. Oktober tagte die regelmäßige Mitgliederverammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Garburg. Die Verammlung wurde um 8 1/2 Uhr vom ersten Bevollmächtigten C. Pfeiffer eröffnet; derselbe verwies sodann die Kollegen, welche sich aufnehmen lassen wollten, an den Kassirer. Ueber den zweiten Punkt: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums“, referirte Kollege W. H. H. aus Hannover. Derselbe legte zunächst klar, was Arbeit ist und wies darauf hin, daß dem Lohnarbeiter bei dem heutigen maschinellen Fortschritt nur noch die Rolle eines Aufsehers zufällt, und da diese Arbeit immer leichter werde, so könnte dieselbe selbst von Weibern und Kindern verrichtet werden, wodurch der männliche Lohnarbeiter immer mehr seines Brotes beraubt werde. Dadurch würde die Quelle des Reichthums für den Unternehmer immer größer. Redner wies dabei auf die Krupp'sche Stahlfabrik hin; diese habe bei Gründung des Reichthums nur 148 Arbeiter beschäftigt, sie habe sich aber bis zum Jahre 1887 soweit hinaufgeschwungen, um 14 000 Arbeiter beschäftigen zu können. Weitergehend kam Redner sodann auf das Maschinenwesen zu sprechen und wies nach, daß wenn die Maschinen nicht wären, anstatt jetzt 14 000 über 4 000 000 Arbeiter in jeder Fabrik beschäftigt werden könnten. Aus diesen gegebenen Zahlen sei zu ersehen, daß die Arbeit die Quelle des Reichthums ist. Ebenfalls wies Redner auf die Zuderfabrik in Hildesheim hin; welche im letzten Jahre 52 pSt. Dividende an die Aktionäre verteilt habe, während die Arbeiter aus genannter Fabrik geradezu menschenunwürdige Löhne erhielten. Sowie auf diesen genannten Werken die Arbeit die Quelle des Reichthums sei, so sei sie es auch in allen Privatbetrieben. Um zu erreichen, daß die Arbeit in richtigen Sinne für uns die Quelle des Reichthums werde, sei es nöthig, daß die Gewerkschaftsbewegung fortschritte neben der politischen Bewegung. Redner schloß dann mit einem kräftigen Appell an die Verammlung seinen 1 1/2 stündigen Vortrag, für welchen ihn reichlicher Beifall lohnte. Im „Verschiedenen“ bemerkte Kollege W. C. M. A., daß 146 statistische Bücher ausgegeben und nur 23 erst abgeliefert seien. Der Bevollmächtigte bemerkte hierzu, daß hauptsächlich diejenigen Kollegen, welche fast das ganze Jahr durch gearbeitet haben, ihre Statistik abgeliefert hätten, und wies nach, daß mindestens 50 pSt. der Harburger Maurer nur 7 bis 8 Monate arbeiten; hauptsächlich sei es Pflicht dieser Kollegen, ihre Statistik gewissenhaft auszufüllen. Kollege W. E. G. beantragte sodann noch, daß die Verwaltung sich mit dem Vereinswirth wegen besserer Ventilation in Verbindung setzen möge. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten schloß der Bevollmächtigte die Verammlung um 11 1/2 Uhr.

**Berlin.** Die Zahlstelle Berlin II des Zentralverbandes deutscher Maurer etc. hielt am 16 d. M. in Haniel's Salon, Invalidenstrasse 1a, eine Wanderverammlung ab, in welcher Kollege G. R. P. einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Produktionsweise früher und jetzt“ hielt. In der Diskussion sprachen die Kollegen Dietrich, Schagelast, Silbermann, Schmidt, W. A. H., M. A. G. H. und H. E. G. im Sinne des Referenten, zum Theil dessen Ausführungen noch ergänzend. Im „Verschiedenen“ machte Kollege Schagelast nochmals bekannt, daß er zum Vertrauensmann der Maurer Deutschlands für Berlin gewählt sei, und forderte die Kollegen auf, recht kräftig für die öffentlichen Sammlungen einzutreten. Die Vokale, in welchen Listen ausgegeben resp. Gelder entgegengenommen werden, sind folgende: W bei Werner, Kalkowstr. 59; S bei Grube, Mariendorferstr. 10; SO bei Hoffmann, Mademarsstr. 61, und bei Boll, Wienerstr. 1-4; O bei Finzinger, Krausstr. 26; N bei Striglowski, Kastanien-Allee 35. In

jämmtlichen Lokalen Sonnabends, Abends von 8-10 Uhr, außerdem beim Vertrauensmann Schwedterstr. 27, Zeilenstr. 1, rechts, Sonntag, Vormittags von 8 bis 10 Uhr. Nachdem noch bekannt gegeben, daß die Protokolle des ersten Verbandstages der Maurer Deutschlands erdienen und zum Preise von 15 S. in den oben genannten Lokalen sowie in den Verammlungen zu haben sind, erfolgte Schluß der Verammlung.

**Schwerin i. M.** Am 4. Oktober fand die Generalverammlung des Fachvereins der Maurer Schwerins statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorstandsbericht. 2. Statistische Erhebungen. 3. Jahresabrechnung. Bevor in die Tagesordnung eingetreten, wurde, einem früheren Beschlusse gemäß, Bericht erstattet, betreffend: Maßnahmen gegen die Fachwerkbrustanten. Aus diesem Bericht ging hervor, daß die beiden Kollegen F. Hering und J. W. A. B. zu freieren seien, welches auch geschehen ist. Es wurde hervorgehoben, daß es keine Noth sei, welche dieselben veranlaßt, die Beiträge nicht zu zahlen. Sodann wurden die Kollegen V. Langer als zweiter Vorsitzender, S. Lique als zweiter Kassirer und A. Kaben, J. C. A. v. A. und C. Behnke als Revisoren gewählt. Comite besteht der Vorstand aus folgenden Personen: A. Meinte und V. Langer, Vorsitzende, W. Boldt und S. Lique, Kassirer, und E. Kleinert, Schriftführer. - Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurde nochmals die Wichtigkeit der Statistik besprochen und den Mitgliedern ein Herz gelegt, die statistischen Erhebungen genau ausgefüllt und rechtzeitig abzuliefern. Hierauf wurde vom Kassirer die Jahresabrechnung verlesen, dieselbe ergibt folgendes Resultat:

**Einnahme.**

Kassenbestand vom 1. Oktober 1891	M. 3,11
Restirte Beiträge	9,40
2108 Quittungsmarken à 10 S.	210,80
227 „ „ 60 S.	136,20
<b>Summa</b>	<b>M. 359,51</b>

**Ausgabe.**

Für Leittungsmarken, Stempel u. s. w.	M. 20,10
Abnommenbetrag für „Grundstein“	122,93
Für Verbreitung des „Grundstein“	14,-
Annoucen	1,05
46 Wanderunterstützungen à 50 S.	23,-
Verammlungsunkosten	19,29
Porto und Schreibmaterial	6,33
<b>Summa</b>	<b>M. 206,70</b>

**Abschluß.**

Summa der Einnahme	M. 359,51
Ausgabe	206,70
<b>Kassenbestand am 1. Oktober 1892</b>	<b>M. 152,81</b>

Revidirt und richtig befunden:

Die Revisoren H. A. Lique, A. Kaben, dem Vertrauensmann der Maurer Schwerins M. 75 aus der Vereinstafel für die allgemeine deutsche Maurerbewegung zu übermitteln. Eine Frage, aus der Wille der Verammlung gestellt, ob auch der Demmler'schen Erbschaftsangelegenheit die nöthige Aufmerksamkeit widmet werde, wurde sachgemäß beantwortet. Hierauf schloß der Vorsitzende die gutbefundene Verammlung.

**Düsseldorf.** Am Sonntag, den 16. Oktober, tagte im Lokale der Wittve Hölzgen, Wallstraße Nr. 27, die regelmäßige Mitgliederverammlung unserer Zahlstelle. Im ersten Punkte wurden die Kasseneingänge erledigt und ein Mitglied aufgenommen. Nachdem im zweiten Punkte die Abrechnung des letzten Quartals verlesen und deren Richtigkeit durch die Revisoren bestätigt war, wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Im dritten Punkte tadelten einige Redner den schwachen Besuch der Verammlung und führten aus, daß es hier in Düsseldorf an agitatorischen Kräften fehle, die Folge davon sei, daß die indifferenten Kollegen, welche dann und wann in der Verammlung erdienen, wenn sie nicht einen guten Redner hören können, eben nicht wieder erdienen, indem ihnen nicht der Werth der Organisation auseinander gesetzt werden kann. Sodann wurde vom Kollegen F. E. H. D. hervorgehoben, daß es von großer Bedeutung sei, wenn ein Agitationskomitee für die Rheinprovinz und Westfalen gebildet würde, ja, es sei sogar eine Nothwendigkeit, wenn wir überhaupt auf Erfolg in der Bewegung rechnen wollen. Darum wurde der Antrag gestellt, Kollegen B. A. L. S. als Eberfeld zur nächsten Verammlung zu einem Vortrage kommen zu lassen. Derselbe wurde angenommen. Ein weiterer Antrag, welcher die Wucht eines zweiten „Grundstein“, Verbreiters für Oberbitt forderte, fand keine Erledigung dadurch, daß sich Kollege S. M. T. freiwillig als Verbreiter meldete und von der Verammlung anerkannt wurde. Ein Antrag, daß jedes Mitglied vom 1. Oktober pro Monat 5 S. für die Verbreitung des „Grundstein“ an den Kassirer zu zahlen hat, welcher davon die Besoldung der Verbreiter zu befragen hat, verzichtete ein Verbreiter auf das Geld, so daß dasselbe der Verbandskassa zu wurde, nachdem noch einige Redner dazu gesprochen, ebenfalls angenommen. Nach Beantwortung einiger Fragen erfolgte Schluß der Verammlung.

**Wien.** In der am 22. Oktober stattgefundenen Mitgliederverammlung der hiesigen Zahlstelle ließen sich zunächst vier neue Mitglieder aufnehmen. Sodann hielt der Bevollmächtigte einen Vortrag, in welchem er besonders seiner Vereidigung Ausdruck gab, daß die Mitglieder reges Interesse an der guten Sache zeigen; es müßte weiter agitiert werden und der Sieg würde nicht ausbleiben. In der letzten Woche habe er mit einem Mitgliede vom Verein Wienerer Maurer bei Gelegenheit einer Unterhaltung den Widerspruch hören müssen. Es sei Unfals, das Geld nach Hamburg zu schicken, der Verhandlung doch nicht zu erziehen. Solcher Indifferenten, die andere Kollegen vom Beitrage zu dem Verband zurückhalte, gebe es noch viele. Die Hauptsache sei, die zugewandten Kollegen in den Verband hineinzuwickeln, dann würden wir auch höhere Löhne und eine verkürzte Arbeitszeit erringen können. Es gebe noch verschiedene Mängel zu beseitigen. Ein Bauunternehmer, der noch in diesem Jahre als Geselle gearbeitet und der als solcher nie Lohn genug bekommen konnte und fortwährend auf

die Unternehmer schimpfte, zahlte jetzt noch nicht einmal den üblichen Lohn, und die Arbeiter könnten ihr sauer verdientes Geld am Sonnabend nur mit Pant und Streit erhalten. Kollege K. A. u. e. wünschte, daß während des Winters ein Lohnstreik ausgearbeitet werde, um mit demselben an die Arbeiter im Frühjahr heranzutreten zu können. Sodann wurde über das abzuhaltende Vergnügen verhandelt und beschlossen, dasselbe am 6. November im Saale „Sankt-John“ stattfinden zu lassen; der Anfang wurde auf 7 1/2 Uhr Abends festgesetzt. Eine Kommission, bestehend aus den Kollegen V. Langer, A. S. A. und G. E. D. soll die nöthigen Arrangements treffen. Um 11 Uhr schloß hierauf der Bevollmächtigte die Verammlung.

**Frankenhausen.** Am Sonntag, den 9. Oktober, fand im „Barbarosagarten“ die regelmäßige Mitgliederverammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Frankenhausen, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 3. Wahl einer Kommission zum Einmahlen der statistischen Bücher. 4. Verschiedenes. Nachdem der 1. Punkt erledigt war, verlas der Kassirer die Abrechnung vom 3. Quartal und wurde dieselbe für richtig befunden. Sodann hielt der Bevollmächtigte A. W. A. einen sehr reichlichen Vortrag über den Zweck der statistischen Bücher und legte jedem Kollegen ans Herz, die Bücher im Laufe der Woche genau auszufüllen. Hierauf wurden die Kollegen K. R. A. H. und W. R. A. zum Einmahlen der Bücher gewählt. Als nun im „Verschiedenen“ noch einige Punkte erledigt waren und weiter nichts Wichtiges vorlag, wurde mit einem Hoch auf die deutsche Maurerbewegung die Verammlung geschlossen.

**Lützenwalde.** Am 16. Oktober fand eine Mitgliederverammlung unserer Zahlstelle statt mit der Tagesordnung: 1. Auflösung der Zahlstelle. 2. Kassen- und sonstige geschäftliche Angelegenheiten. Zum ersten Punkte sprach der Bevollmächtigte und legte es den Kollegen recht warm ans Herz, doch weiter treu zu unserer Sache zu halten und auch recht treu für den Verband zu agitieren, denn nur durch eine kräftige Organisation sei es möglich, unsere Lage, welche hier am Orte eine bauerlich schlechte sei, zu verbessern. Im gleichen Sinne sprachen sich noch mehrere Kollegen aus und beantworteten das Festhalten am Verband. Die Verammlung sah denn auch die Möglichkeit der Verbandsorganisation ein und beschloß, die Zahlstelle nicht aufzulösen. Der Bevollmächtigte erklärte hierauf, nach wie vor sein Amt verwaltend zu wollen und schloß nach Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten die Verammlung.

**Dresden.** Am Donnerstag, 13. Oktober, fand im „Titanon“ eine öffentliche Maurerverammlung unter Leitung der Kollegen H. A. L. Köhler und G. A. G. statt. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Werth der Organisation, resp. wodurch können die Maurer Dresdens ihre Lage verbessern?“ referirte Kollege W. H. C. als Vortrag. Derselbe beendete zunächst den wirtschaftlichen Vothstand, an welchem hauptsächlich das Unternehmertum und die Profitwuth desselben die Schuld trage. Er wies sodann auf die englischen und amerikanischen Arbeitsverhältnisse hin und betonte, daß wenn die dortigen Arbeiter bessere Erfindungsbedingungen als die deutschen Arbeiter hätten, sie diese ihrer besseren Organisation zu danken hätten. Deutschland sei überhaupt hinter allen Kulturstaaten weit zurück, das beweise die Statistik; so müßten z. B. 70 Prozent aller Selbstmorde aus Nahrungsorgen begangen. Redner wies sodann in längeren Ausführungen die Unfähigkeit der heutigen Gesellschaft nach, die durch das kapitalistische Produktionssystem hervorgerufene Noth aus der Welt zu schaffen; es fehle auch den heutigen Nachhabern an dem guten Willen, dieses zu thun. Deshalb sei die Organisation aller Arbeiter zur Nothwendigkeit geworden, und auch die Dresdener Maurer hätten die Pflicht, dem bereits bestehenden Verbands der Maurer Deutschlands beizutreten. Mit diesem Appell schloß der Redner seinen 1 1/2 stündigen Vortrag. Kollege H. A. L. schloß sich den Ausführungen des Referenten an und kritisierte verschiedene auf den Bauten herrschende Mißstände. Er schloß unter Anderem an, daß die Löhne schon so tief gesunken seien, daß sogar auf Staatsbauten nur 28-37 S. Stundenlohn bezahlt würden. Es sei deshalb die höchste Zeit, sich dem Verbands anzuschließen; er als Vertrauensmann nehme jederzeit, hauptsächlich aber an den Sonnabenden, Abends von 6 bis 9 Uhr, in Wölzner's Restaurant, Freihergplatz 6, Mitglieder auf. Kollege G. A. G. kritisirte das Submissionswesen und die Praktiken des Unternehmertums, anstatt einmündiger Arbeiter Italiener und Böhmern, ja sogar Frauen zu billigen Löhnen zu beschäftigen. Im Anschluß an diesen Punkt wurde eine Resolution angenommen des Inhalts, daß sich die Verammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und sich verpflichtet, energisch die Verbesserung der Lage der Dresdener Maurer zu erkämpfen. Des Weiteren wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Maurerverammlung protestirt gegen das Vorgehen der Dresdener Behörde, bei Anmeldung von Verammlungen für jeden Punkt einen Referenten zu verlangen, sie erlöst darin eine Schädigung des an und für sich schon sehr hohen Konstantenrechtes der Arbeiter, und ermartet von der Königl. Polizeidirektion, daß sie diese Mißstände baldigst ein Ende macht.“ Im zweiten Punkte erstattete der Vertrauensmann Kollege H. A. L. einen eingehenden Rechenschaftsbericht, welcher von der Verammlung mit Befriedigung entgegengenommen wurde und die dem Vertrauensmann und den Revisoren Decharge erteilte.

**Malmö.** Vom Fachverein der Maurer in Malmö wurde am Sonntag, den 21. August eine öffentliche Verammlung im Lokale Willebrangon abgehalten, wozu die Delegirten der schwedischen und dänischen Maurer eingeladen waren, welche an dem 4. Kongreß der skandinavischen Arbeiter theilgenommen hatten. Einzigster Punkt der Tagesordnung war: Die Bedeutung der Organisation. Der Vorsitzende A. Person eröffnete die Verammlung und erteilte das Wort dem Geschäftsleiter des Maurer-Verbandes in Dänemark H. R. A. S. M. u. S., welcher in einem ausführlichen Vortrage die Bedeutung der Organisation klarlegte. Es war, führte

der Redner aus, der erste Kongress, welcher in Gothenburg im Jahre 1886 stattfand, der den Anstoß zur Errichtung der jetzt bestehenden Verbände gab. Aber dabei dürfte man nicht stehen bleiben; es bedürfte noch sehr energischer Agitation, bevor alle Maurer organisiert seien. Der Maurerverband in Fünkenmark betheile aus 35 Mitgliedschaften mit 2700 Mitgliedern und der Lohn betrage 30-36, Ctr. 183-187 pro Stunde, die Arbeitszeit sei mit einzelnen Ausnahmen zehn Stunden. Dieses Resultat könne man in Anbetracht des kurzen Bestehens des Verbandes als ein recht gutes bezeichnen, um aber noch Weiteres zu erzielen, dazu gehöre unermüdete Agitation. Die schwedischen Genossen möchten sich daran erinnern, daß, um nur einen einigermaßen menschenwürdigen Zustand in der Gesellschaft erringen zu können, ein festes Zusammenstehen, so daß man eine Macht bilde, welche den Kampf mit dem Kapital aufnehmen könne, notwendig sei. Es müsse nicht nur in Versammlungen agitiert werden, sondern von Bedeutung sei die Agitation von Mund zu Mund. Deseinen, denen schon die Bedeutung der Organisation einleuchte, müßten Opfer bringen, damit den weniger aufgeklärten Genossen auch das Einsehen komme. Gäßen die Arbeiter sich nur erst gewerkschaftlich organisiert, so könnte die politische Erkenntnis ganz von selbst. Die gewerkschaftliche Organisation sei als eine Art Vorstufe zum Sozialismus zu betrachten; diejer sei das Ziel, wozu alle Arbeiter zu streben hätten. Um aber den rechten Nutzen von der Organisation zu haben, sei es nicht genug, daß sich die Arbeiter eines einzelnen Landes organisieren, Alle müssen herangezogen werden, um dem Kapital die Stange zu halten und um die Vorteile unserer Arbeit zu erhalten, welche uns allein, die wir alle, Werkzeuge schaffen, mit Recht zufomme. Der nun abgethlossene Kongress habe sich für handiirische Fachverbände ausgesprochen, ehe wir aber dahin gelangen, müßten wir innerhalb eines jeden Landes gut organisiert sein. Was wir aber schon jetzt thun können, sei, daß wir uns durch Korrespondenz gegenseitig unterstützen und befehen, und würde dieses im Fall eines Streiks von besonderem Nutzen sein. Der Vortrag, welcher oft durch ungetheilten Beifall unterbrochen wurde, schloß mit den Worten: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch.“ Der Malstov aus Kopenhagen gab eine Uebersicht über die Verhältnisse früher und jetzt in Kopenhagen und betonte, daß die Bedeutung des geschlossenen Zusammenwachs in London aus Lund hob besonders das Verdienst der Affordarbeit hervor; in Lund sei beschaffen, nicht in Alford zu arbeiten. J. A. S. J. aus Helsingborg berichtete über die drückenden Verhältnisse; dabeist würde im Tagelohn gearbeitet und betrage der Lohn 38 Ctr. 11-12 pro Stunde, wer in Alford arbeite, werde als Verächter betrachtet. Er empfahle gutes Zusammenarbeiten zwischen den verschiedenen Verbänden. H. N. aus Mjeseu gab Auskunft über die Affordarbeit in Kopenhagen. Man müsse nicht glauben, daß wir gegen das System des Tagelohns seien, aber wo das Alfordsystem so eingesetzt sei, gehöre Zeit dazu, es abzuschaffen. Der Tagelohn müsse erst so hoch sein, daß man einigermaßen das verdienen, was man jetzt bei Affordarbeit verdiene, bevor man dieselbe abschaffen könne. Gelaut wurde mit einem Hoch auf die dänischen Maurer und die internationale Arbeiterbewegung die Versammlung geschloß.

**Bauhandwerker.**

**Augsburg.** Am Freitag, den 14. Oktober, fand eine große öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, in welcher Herr Albert Paul aus Hannover einen Vortrag hielt über „Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für den Klassenkampf des Proletariats.“ (Die Ausführungen des Referenten über dieses Thema haben wir in voriger Nummer in dem Versammlungsbericht aus Nürnberg ausführlich wiedergegeben, so daß wir glauben, von einer Wiederholung Abstand nehmen zu können. D. Red.) Im zweiten Punkt „freie Diskussion“ nahmen einige Kollegen Gelegenheit, die Ausführungen des Referenten zu ergänzen, und auf die Notwendigkeit der engsten Koalition aller Arbeiter hinzuweisen. Nach einem Schlußwort des Referenten, in welchem er hauptsächlich die weiteste Verbreitung der Arbeiterpresse empfahl, schloß der Vorsitzende um 11 Uhr die Versammlung.

**Krankenkasse.**

**Lübeck.** Am Dienstag, den 11. ds. Mts., hielten die Mitglieder der hiesigen Kassenkasse der Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ ihre Quartalsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung; 2. Botenfrage; 3. Berichtwesens. Zum ersten Punkt verlas der Kassirer die Abrechnung, welche von der Versammlung für richtig befunden wurde; darauf wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Ueber die Botenfrage entspann sich eine lebhafte Debatte. Schließlich einigte sich die Versammlung dahin, daß der Kassirer die Beiträge in der Versammlungskasse bei Herrn Nimmo entgegennehme, und wurde hierzu der Dienstag nach dem 1. jeden Monats, Abends von 8 bis 10 Uhr, festgesetzt. Auch erklärte sich der Kassirer bereit, Beiträge in seinem Hause, Stavenstraße Nr. 43, entgegenzunehmen. Da weiter nichts vortag, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Eingekandt.**

**Aus Trier.** Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von Trier haben seit Jahren kein Lokal, da die Saalabtreiber hier von allen „Ordnungsmännern“ gleichmäßig hart betrieben wird. Von einem Vereinsleben in Sinne der modernen Arbeiterbewegung kann daher keine Rede sein. Darob lachen sich nun alle dunkeln Gegenden Deutschlands werde nie das Licht der ökonomischen Erkenntnis dringen. Sie sträuben nicht so sehr ihr „Seelenheil“ ihrer Arbeiter, als für ihren Geldbeutel, denn darin herrscht bei allen Ansehern, ganz gleich, ob katholisch, geschnoren oder evangelisch getauft, völlige Uebereinstimmung. Wenn nun auch der weitest große Theil der

hiesigen Arbeiter sich noch vollständig im Deyne der Passen befindet und daher ein willkürliches Ausbeutungsobjekt ist, so ist aber doch zu konstatieren, daß bereits eine ganz ansehnliche Zahl Arbeiter aller Branchen sich ihren gewerkschaftlichen Organisationen angeschlossen hat. Um nun aber Propaganda machen und den größeren Theil der Arbeiter zu uns heranzuziehen zu können, ist es vor Allen notwendig, Versammlungen abzuhalten. Die organisierten Arbeiter Trier's sind sich daher schlußig geworden, sich ein eigenes Versammlungskoloz zu erwerben, und dazu bietet sich jetzt gerade eine günstige Gelegenheit. Aber es fehlt am Nöthigsten, an Geld, deshalb richten wir die Bitte an alle Arbeiter Deutschlands, uns in unierem Vorhaben unterstützen zu wollen und uns durch Geldbeiträge in die Lage zu versetzen, ein eigenes Versammlungskoloz zu erwerben.

Zu diesem Zweck gesammelte Gelder sind an Herrn Otto Scherr, Maurer, Heiligkreuzerstraße 19, in Trier einzusenden, welcher darüber später öffentlich quittieren wird.

**An die Zimmerer Deutschlands!**

Vor Zug nach Hamburg wird dringend gewarnt. Da in letzter Zeit wiederholt briefliche Anfragen bezüglich der Arbeit an uns gerichtet wurden, ferner auch durch die in letzter Zeit zureichenden Kameraden bestätigt wird, daß im übrigen Deutschland die Meinung stark verbreitet ist, in Hamburg sei jetzt nach Brandigung der Senke durch Niederrückung „ganzer Stadtviertel“ (Seuchenheerde) und daß dadurch notwendig gewordene Vauen von gesunden Arbeiterwohnungen aufsergewöhnlich viele Arbeit, so sei hierdurch zur Mittheilung, daß von alledem auch nicht das Geringste wahr ist. Wahr dagegen ist, daß Hunderte Familienkinder schon wochenlang arbeitslos sind und täglich Entlassungen wegen Mangels an Arbeit in größerem Umfange vorgenommen werden, und daß ferner die Entlassenen keine Aussicht haben, diesen Winter überhaupt, weder Zimmerer, noch sonstige Arbeit zu erhalten. Es ist also Jeder, der sich verleiht, in jetziger Zeit nach Hamburg um Arbeit zu reisen, gezwungen, entweder sofort wieder abzureisen oder an der hiesigen Arbeitslosigkeit mit ihrer Gefolgschaft Theil zu nehmen. Letzteres kann Jeder in seiner eigenen Heimath. Mit Gruß

Der Vorstand  
des Lokalverbandes der Zimmerer Hamburgs.  
J. M. Schnad.  
Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

**Gerichts-Chronik.**

\* Zur Frage der Polizeiverwaltung für Vereine hat der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts eine bemerkenswerthe Entscheidung getroffen. Am 15. Juli 1891 fand in der „Bürgererholung“ zu Reiz eine vom Schuhmacher Jung halt's einberufene öffentliche Volksversammlung statt, welche der überwachende Polizeikommissarius Jaco b wegen eingetretener Polizeistunde um 11 Uhr schloß. Hierüber führte Jung hans bei der Polizeiverwaltung von Reiz Beschwerde, welche durch Befehl vom 17. Juli 1891 mit dem Bemerkten zurückgewiesen wurde, daß der Herr Polizeikommissar vö llig korrekt gehandelt hat. Gegen diese Verfügung strengte der Betroffene Klage beim Bezirksauschuss zu Wreßburg mit dem Antrage an: „Die ortspolizeiliche Verfügung vom 17. Juli 1891 aufzuheben und zu erkennen, daß der Polizeiverwaltung das Recht nicht zusteht, die öffentlichen Versammlungen des Arbeiterbildungsvereins zu für das Lokal, in welchem dieselben abgehalten werden, vorgeschriebenen Polizeistunde zu schließen.“ Der Bezirksauschuss und auf die eingelegte Berufung auch das Oberverwaltungsgericht erkannten auf U w e i g u n g der Klage. Aus der sehr umfangreichen Begründung der getroffenen Entscheidung heben wir folgende Stellen hervor: „Die hier fragliche Versammlung fand in dem Wirtshause „Bürgererholung“ statt und war unbestritten eine öffentliche, d. i. eine solche, zu der nicht bloß ein individuell begrenzter Personenkreis, sondern Jedermann Zutritt hatte. Während der Dauer dieser Versammlung war daher auch der Ort, an dem sie stattfand, ein öffentlicher, wenn das Lokal auch von dem Vereine gemiethet gewesen ist. Nur so lange, als das Lokal nur für einen bestimmten Personenkreis benutzt wird, ist es nicht öffentlich. Dies fällt aber hier fort, und ist daher die fragliche Versammlung bei Eintritt der Polizeistunde mit Recht geschlossen worden.“

**Erbschaft.** Vor dem Schöffengericht fand am 11. Oktober in einer Sache eine wichtige Entscheidung statt, die schon wiederholt betragt war. In der Druckerei der „Freien Presse“ werden verschiedene sogenannte Kopialisten hergestellt, so für Köln, Düsseldorf und Krefeld. Am 27. Februar d. J. wurde die Firma mit einem Strafmandat in der Höhe von über M. 800 von Seiten der Ober-Postdirektion in Düsseldorf bedacht, weil die Zeitungen für Krefeld nicht durch die Post, sondern per Paket durch die Eisenbahn befördert worden waren. Die Strafverfügung stützte sich auf § 1 des Postgesetzes von Jahre 1874, wonach Zeitungen außer im Umkreis von zwei Kilometern des Ursprungsortes nur durch die Post befördert werden dürfen. Gegen diese Strafverfügung wurde auf richterliche Entscheidung angetragen, weil unter der Bezeichnung „Ursprungsort einer Zeitung“ nur der Verlagsort verstanden sein kann, nicht aber der Druckort. Am Druckort ist die Zeitung, wenn diese für eine andere Stadt bestimmt ist, nur Druckwaare, nicht Zeitung, sie wird erst Zeitung am Orte des Erscheinens, da, wo der Verlag seinen Sitz hat, wo die ganze Verwaltung liegt, von wo aus sie in die Hände der Abonnenten gelangt. Diesen Einwendungen der beklagten Firma hatte sich im Prinzip das Schöffengericht angeschlossen und wurden die entgegenstehenden Anträge der Ober-Postdirektion abgelehnt und ein obliegende Erkenntnis erteilt; weil die Firma aber zur Bequemlichkeit des jetzigen Verlegers in Köln, die

Anzahl Zeitungen, die nach Wühlheim am Rhein bestimmt waren, an diese Adresse abgehen ließ, wurde sie strafbar befunden und, nicht allein die Firma, sondern auch der Expedient, der die Pakete gemacht hatte, und Grinpe, der die Verantwortung dafür trug, die vom 1. Oktober, 1890 bis 23. Dezember 1891 dadurch der Post verloren gegangenen Wortes zu ersetzen und die vierfache Summe als Strafe zu zahlen event zu je vier Wochen Haft verurtheilt. Die Strafen nebst Kosten machen weit mehr denn M. 1000 aus. Gegen dieses Erkenntnis wird Berufung eingelegt werden, hauptsächlich deshalb, weil eine prinzipielle Entscheidung vom höchsten Gerichtshof in solchen Sachen überhaupt noch nicht vorliegt, sodann weil wegen einer Handlung drei Personen verurtheilt wurden, während nur eine als Thäter zu betrachten ist und schließlich, weil Uebertretungen in drei Monaten verjähren, mithin die früher begangenen nicht mehr zur Aburtheilung gelangen konnten.

**Literarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dieß Verlag) ist soeben das 4. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Unsere Postaire. — Die Cholera. Von Dr. J. Babel. (Fortsetz.) — Zwei Novellen von Gerh. Hauptmann. — Die Durchschnittsproritate und das Marx'sche Verhöltniß. Von Konrad Schmidt. (Schluß). — Feuilleton: Kunde von Nigendwo. Einige Kapitel aus einem utopischen Roman von William Morris. (Fortsetzung.)

„Sozialpolitisches Centralblatt“ (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von J. Guttenberg in Berlin). Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 3. Einzelnummern 25 Pf. Erschienen ist Nr. 4 2. Jahrgang.

Das in Lieferungen erscheinende, mit vielen Porträts und historischen Bildern illustrierte Werk: „Die Deutsche Revolution, Geschichte der Deutschen Bewegung von 1848 und 1849“ von Wilhelm W. S. (Stuttgart, Verlag von J. H. W. Dieß) liegt nunmehr mit dem 21. Heft komplett vor. VIII und 672 Seiten gr. 8° in einem Band broschirt M. 4,20, elegant gebunden M. 5,70.

**Briefkasten.**

\* Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Bevollmächtigten resp. Verantwörtlichen der Nr. 24 des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. Die Expedition des „Grundstein“.

**Celle, B.** Die Aufnahme derartiger Annoncen müssen wir ablehnen.

**Delmenhorst, W.** Reiz; konnte also auch nicht quittirt werden.

**Hamburg, T.** Das Austragen von Zeitungen an Sonn- und Festtagen ist nur während der gesetzlich zulässigen Zeit gestattet.

**Blumenthal, F.** Anonyme Einsendungen finden keine Berücksichtigung; außerdem bemerken wir, daß sich der Inhalt des Schreibens auch nicht zur Veröffentlichung eignet.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.**  
Sitz Hamburg.

**Bekanntmachungen.**

Die neuen Statuten und die statistischen Fragebücher für 1892/93 sind nunmehr, entsprechend der Mitgliederzahl, an alle Zahlstellen versendet. Sollten Zahlstellen die Sendung nicht erhalten haben, so ersuchen wir um sofortige Mittheilung, damit Nachsendungen möglichst rasch erfolgen.

Die in der neugegründeten hiesigen **Tondern** gewählten Verwaltungsmitglieder, sowie die in den Zahlstellen **Machin** und **Schwarzeden** erfolgten Erloßwahlen sind nach § 18 des Statuts durch den Vorstand bestätigt.

Das Mitglied **B. Stuhlmacher**, Buch Nummer 10460, kann sein Mitgliedsbuch hier abfordern.  
Der Vorstand.

Für den Generallands des Maurer Deutschlands sind eingegangen:

Aus Bergedorf M. 60,—  
Tondern M. 2,—  
A. Dammann.

In der Zeit vom 18. bis 25. Oktober sind folgende Beträge für die Hauptkasse eingegangen:  
Von der örtlichen Verwaltung in:  
Danzig M. 58,47, Wladow 72,78, Wofen 24,48, Magdeburg 20,20, Znojowatzlaw 14,43, Gersford —70, Chemnitz 40,—, Frankfurt a. O. 25,—, Summa M. 256,01.

Hamburg, den 25. Oktober 1892.

F. Wilbrandt.

In der Zeit vom 18. bis 25. Oktober sind folgende Beträge für die Hauptkasse eingegangen:  
Von der örtlichen Verwaltung in:  
Liegnitz M. 11,50, Henssburg 230,—, Neubutow 41,90, Summa M. 283,40.

Hamburg, den 25. Oktober 1892.  
J. Köster.

